



SCHWERPUNKT

50 Jahre Kreisreform

EDITORIAL 3

SCHWERPUNKT

50 JAHRE KREISREFORM

Ein Blick zurück in die 1970er Jahre

Trotz Flickwerk ein Erfolg 5

Begräbnis des gewünschten Namens

Wie der Landkreis Schwäbisch Hall zu seinem Namen kam 8

Eine vergessene Vision der Kreisreform

Der „Hohenstaufenkreis“ 10

Ein Blick zurück

50 Jahre Ostalbkreis 12

Kreisreform im Landkreis Calw

Eine starke Gemeinschaft aus 25 Kommunen 14

50 Jahre Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Verwaltung und Kommunalpolitik in einer Zeit des Wandels und Umbruchs 16

Kleiner Sprachatlas für den Landkreis Rottweil

Krisen kann man essen 18

Veranstaltungsplan

50 Jahre Landkreis Sigmaringen 19

50 Jahre Zollernalbkreis

Dialog, Wimmelbuch, Gartenschau-Auftritt 20

50 Jahre Alb-Donau-Kreis

Aus vier mach eins: Der Alb-Donau-Kreis – eine „filmreife“ Erfolgsgeschichte 22

52 Fest-Wochen

Der Enzkreis feiert mit Podcasts, Videos, Texten – und mit einem Actionfilm! 25

WEITERE THEMEN

Zurück zu den Wurzeln

20 Jahre Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft 27

Energie und Klimaschutz

Die Zukunft des Landkreises schon heute gestalten 29

PERSONALIEN 31

Alle Artikel und vieles mehr finden Sie
auch auf unserer neuen digitalen
Informationsplattform
landkreisnachrichten.de

Nur wenige Schöpfungen der Verwaltungskunst haben sich so glänzend bewährt

In diesem Jahr feiern die Landkreise 50 Jahre Kreisgebietsreform. Diesem bedeutenden Meilenstein der baden-württembergischen Landesgeschichte ist die aktuelle Schwerpunktausgabe der Landkreisnachrichten gewidmet. Diese Schwerpunktausgabe ist zugleich die erste, die auf der neuen digitalen Informationsplattform veröffentlicht wird, zu der unsere klassische Verbandszeitschrift Landkreisnachrichten aus Anlass des Reformjubiläums weiterentwickelt wurde.

Von Prof. Dr. Alexis von Komorowski
Landkreistag Baden-Württemberg

Die Landkreise sind in jüngerer Zeit verstärkt ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Ausschlaggebend hierfür sind zum einen krisenbedingte Herausforderungen wie namentlich die Aufnahme der vielen Schutzsuchenden in den Jahren 2015/2016, die weltumspannende Corona-Pandemie oder aktuell die Versorgung der zahlreichen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Hier waren respektive sind die Landkreise in besonderem Maße als Krisenmanager gefordert und als solche im öffentlichen Bewusstsein präsent.

Zum anderen wird immer deutlicher, dass auch bei zentralen Zukunftsfragen – genannt seien hier die „drei großen D’s“: Dekarbonisierung, Demografie und Digitalisierung – speziell die Landkreise praktisch wirksame Antworten liefern können, liefern wollen und bereits liefern. Dies gilt – um nur einige Beispiele zu nennen – etwa für den Ausbau der nachhaltigen Mobilität durch einen attraktiven ÖPNV, die aktive Mitgestaltung sozialer und medizinischer Infrastrukturen vom Krankenhaus bis zum Quartier sowie für die konsequente Digitalisierung der Verwaltung, aber auch des Bildungswesens. Dass die Landkreise insoweit als buchstäbliche Zukunftsmacher mit hohem Engagement unterwegs sind, bleibt den Menschen nicht verborgen.

Spürbar gestärkte Rolle der Landkreise

In Baden-Württemberg kommt diese spürbar gestärkte Rolle der Landkreise nicht von ungefähr. Sie steht vielmehr in unmittelbarem Zusammenhang mit den Verwaltungsreformen der letzten 50 Jahre.



Den Ausgangspunkt bildet dabei die Kreisgebietsreform von 1973, deren Jubiläum Anlass für diesen Schwerpunkt unserer neu gestalteten „Landkreisnachrichten“ ist. Durch sie wurde die Zahl der Landkreise nahezu halbiert, lediglich drei der heute 35 Landkreise blieben weitgehend unverändert. Aufgrund der neuen, größeren und homogeneren Gebietszuschnitte war es möglich, Kreisaufgaben effizienter und auch professioneller zu erledigen. Ohne die dadurch gewonnene Verwaltungsstärke wäre beispielsweise der Ausbau des Krankenhauswesens oder des beruflichen Schulwesens nicht zu bewältigen gewesen.

Insofern schuf die Kreisgebietsreform zugleich auch die Basis für die darauf aufsetzenden Funktionalreformen: Eben weil die Leistungskraft der Landkreise substanziell zugenommen hatte, war es nur konsequent, bislang von selbstständigen Behörden wahrgenommene Aufgaben in die Zuständigkeit der Landratsämter zu verschieben. Den Auftakt machte 1995 das Sonderbehörden-Eingliederungsgesetz, mit der die Staatlichen Gesundheitsämter, die Staatlichen Veterinärämter und die Ämter für Wasserwirtschaft und Bodenschutz in die Landratsämter eingegliedert wurden. Den Höhepunkt markierte die „große“ Verwaltungsreform von 2005, im Zuge derer die verbliebenen unteren Sonderbehörden wie etwa die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter, die Straßenbauämter, die Staatlichen Forstämter oder die Vermessungsämter ihre Aufgaben auf die Landratsämter übertragen haben.

Wie zielführend es war, die Landkreise und Landratsämter durch intelligente Verwaltungsreformen zu stärken, sei an einem Beispiel pars pro toto verdeutlicht. So stelle man sich nur für einen Moment vor, wie die Situation ausgesehen hätte, wenn die Gesundheitsbehörden zu Hochzeiten von Corona als isolierte Sonderbehörden hätten agieren müssen. Es wäre mit Sicherheit zu unhaltbaren Zuständen gekommen. Denn die multiplen Herausforderungen – von der Kontaktnachverfolgung über die Anordnung von Schutzmaßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz bis hin zur Beschaffung von Persönlicher Schutzausrüstung (PSA) – konnten nur gemeistert werden, weil die Landratsämter ihre geballte Verwaltungskraft und ihre unterschiedlichen Fach-

lichkeiten, vom Katastrophenschutz bis hin zu den Veterinärmedizinern, in den Dienst ihrer Gesundheitsämter gestellt haben.

Neuerliche Verwaltungsreformen als Gretchenfrage?

Nun ist freilich nichts so gut, als dass es sich nicht noch verbessern ließe. *Le mieux est l'ennemi du bien* – das Bessere ist der Feind des Guten, lehrt der Aufklärungsphilosoph Voltaire. Gerade auch mit Blick auf die guten Erfahrungen in Baden-Württemberg liegt die Gretchenfrage daher mehr als nahe, ob es denn nicht hier und jetzt neuerlicher Verwaltungsreformen bedarf – 50 Jahre nach der zu Recht gefeierten Kreisgebietsreform und bald zwei beziehungsweise drei Jahrzehnte nach den erfolgreichen Funktionalreformen unter Ministerpräsident Erwin Teufel.

Doch so berechtigt diese Frage auch ist, so klar ist sie zu verneinen. Denn die klassischen Spielarten von Verwaltungsreform helfen angesichts des tiefgreifenden Strukturproblems, vor dem die Landkreise und mit ihnen die gesamte kommunale Familie aktuell stehen, definitiv nicht weiter.

Gemeint ist die ebenso reelle wie beunruhigende Überforderungstendenz, die daraus erwächst, dass auf den übergeordneten Staatsebenen seit Jahren ständig neue, von den Kommunen umzusetzende Aufgaben und Standards definiert werden, obwohl es vor Ort für jeden erkennbar an den hierfür erforderlichen Fach- und Arbeitskräften fehlt. Von der Finanzierbarkeit dieser immer neuen Aufgaben und Standards ganz zu schweigen.

Dieses in hohem Maße alarmierende Strukturproblem ließe sich weder durch eine erneute Territorial- noch durch eine weitere Funktionalreform bewältigen. Schließlich bliebe es auch dann dabei, dass der permanente Aufgaben- und Standardzuwachs die Leistungsfähigkeit öffentlicher Verwaltung allein schon wegen des massiven Fach- und Arbeitskräftemangels über kurz oder lang überspannen würde, mithin die Schere zwischen normativ zu Leistendem und faktisch Leistbaren immer wieder auseinanderging.

Ohnehin spräche gegen eine erneute Kreisgebietsreform die damit verbundene Schwächung bürgerschaftlicher Demokratie. Im Fall etwa einer Regionalkreisbildung käme erschwerend noch hinzu, dass die Effizienzverluste als Folge deutlich geringerer Orts- und Bevölkerungsnähe die Effizienzgewinne aufgrund von Größeneffekten klar übertreffen würden: Aufgrund der krisenbedingt zunehmenden Bedeutung lageangepassten Verwaltungshandelns werden Orts- und Bevölkerungsnähe auch unter dem Gesichtspunkt der Verwaltungseffizienz immer wichtiger; demgegenüber flachen die Skaleneffekte ab der von den baden-württembergischen Landkreisen durchweg erreichten Gebietsgröße deutlich ab.

Funktionalreformen wiederum sollte man zwar nie ausschließen. So bleibt die Ausgliederung der Schulämter aus den Landratsämtern allein schon wegen der immer bedeutender werdenden Schnittstellen zur Jugendhilfe ein grandioser Fehler, für den aktuell teuer bezahlt wird. Ungeachtet dessen bleibt festzuhalten, dass bloße Zuständigkeitswech-

„Aufgrund der krisenbedingt zunehmenden Bedeutung lageangepassten Verwaltungshandelns werden Orts- und Bevölkerungsnähe auch unter dem Gesichtspunkt der Verwaltungseffizienz immer wichtiger.“

sel – und seien sie fachlich noch so sinnvoll – das strukturelle Kernproblem von immer mehr kommunalen Aufgaben bei immer schwierigerer Personalakquise weiter ungelöst lassen.

Aufgaben- und Standardkritik als Gebot der Stunde

Daher geht es aktuell nicht um Verwaltungsreformen gleich welchen Typs, sondern vielmehr darum, verzichtbare Aufgaben sowie entbehrliche Standards systematisch abzubauen und alle irgend möglichen Verfahrensvereinfachungen mutig zu realisieren. Legislative Entfesselungspakete, die die zunehmende Kluft zwischen hypertroph wachsendem Aufgabenbestand und limitierten Personalressourcen substantiell verringern, sind heute ebenso wichtig wie zu Beginn der siebziger Jahre die Kreisgebietsreform.

Die herausfordernden Probleme der Gegenwart sollten uns freilich nicht davon abhalten, die Errungenschaften der Vergangenheit zu würdigen. Dies gilt umso mehr, als der Rückblick auf 50 Jahre Kreisreform, den wir mit dem diesem Schwerpunkt leisten wollen, eindrucklich bestätigt, was der frühere Bundespräsident Johannes Rau einmal treffend so formuliert hat: „Wenn es die Landkreise nicht gäbe, müsste man sie erfinden! Nur wenige Schöpfungen der Verwaltungskunst haben sich so glänzend bewährt.“

Prof. Dr. Alexis von Komorowski leitet als Hauptgeschäftsführer die Geschäftsstelle des Landkreistags Baden-Württemberg

Trotz Flickwerk ein Erfolg

Norbert Nothhelfer war der erste Landrat des neuen Landkreises Waldshut.
Er erinnert sich an die Kreisreform als ein politisches Flickwerk.
Trotzdem setzte sich im Kreistag und in der Verwaltung eine dynamische
Aufbruchstimmung durch.

Von Norbert Nothhelfer · Landkreis Waldshut

Als ich im November 1970 als erster Landesbeamter und damit als Stellvertreter des langjährigen hochangesehenen Landrats Wilfried Schäfer in den alten Landkreis Waldshut kam, war die Kreisreform schon ein kommunalpolitisches Reizthema ersten Ranges. Immer wieder gibt es emotional aufgeladene Themen, die sich wie Grundwellen in einer Gesellschaft aufschaukeln. Die Kreisreform war damals ein solches Thema. Nun gab es ja durchaus Sachargumente dafür, dass man die räumlichen Zuschnitte der Kreise vergrößerte und eine spezialisiertere Verwaltung in einer komplizierter werdenden Welt installierte. Es gab aber eben auch die gewachsenen Strukturen, die sogenannten sozio-ökonomischen Verflechtungen, die dadurch zu zerreißen drohten. Das Thema Kreisreform hatte bereits soviel politische Fahrt aufgenommen, dass es nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie ging.

Da Waldshut der aufnehmende Kreis war, der durch den Kreis Säckingen ohne den Raum Rheinfelden, die Raumschaften St. Blasien und Bonndorf an Fläche und Einwohnerzahl stark vergrößert wurde, waren die Reaktionen dort gelassen. Wenige Tage vor Inkrafttreten der Kreisreform wurde in Waldshut in der Kaiserstraße unter Passanten, von denen wohl nur wenige Schweizer Touristen waren, eine Umfrage durchgeführt. Die Leute wurden gefragt, was sie von der Kreisreform hielten. Etwa die Hälfte der Befragten gab an, sie hätten von der Kreisreform noch nichts gehört, obwohl seit Wochen in den Medien darüber berichtet wurde. Tatsache war: die Kreisreform bewegte die Bevölkerung ohnehin weniger als die nachfolgende Gemeindereform.

Die Idee eines Hochrheinkreises

Bei den zur Auflösung vorgesehenen Kreisen waren die Reaktionen naturgemäß heftiger. Das galt auch für den Kreis Säckingen, wo man einen Bedeutungsverlust der bisherigen Kreisstadt fürchtete. Aber Säckingen als eine der vier traditionsreichen Waldstädte konnte seine Stellung im neuen Kreis nicht nur behaupten, sondern nach wenigen Jahren als Bad Säckingen deutlich ausbauen.

Es ist zu bedauern, dass der Kreisreform kein in sich schlüssiges Konzept zu Grunde lag. Man ging zwar beim neuen räumlichen Zuschnitt von gewachsenen Strukturen aus, doch die definitive Ausgestaltung der neuen Kreise wurde nach politischen Opportunitäten weithin festgelegt.



NORBERT NOTHHELFER

Geboren 1937 in Säckingen. Der promovierte Jurist war von 1973 bis 1979 Landrat des neu gebildeten Landkreises Waldshut. 1979 wurde er Regierungspräsident des Regierungspräsidiums Freiburg. Er hatte dieses Amt bis 1991 inne. Anschließend wechselte Nothhelfer zur Rothaus AG in Grafenhausen, wo er als Alleinvorstand bis 2004 erfolgreich wirkte. Er lebt heute in Freiburg. Nach wie vor pflegt er familiäre und freundschaftliche Verbindungen in den Landkreis Waldshut.

Es war letztlich ein politisch-technokratisches, kein sozio-ökonomisches Modell, das sich durchgesetzt hatte. Das hatte natürlich mit den vielen Akteuren und Interventionen der verschiedensten Interessentengruppen zu tun.

Die Kommission für die Kreisreform, deren Vorsitzender der damalige Innenminister Karl Schiess war, war die Anlaufstelle für viele politische Anliegen, Sonderwünsche, Vorschläge und Kritikpunkte. Das führte immer wieder zu Inkonsequenzen und Ungereimtheiten bei der endgültigen Form der Kreisreform. Das ist wohl der Preis, der für einen demokratischen Diskurs zu bezahlen ist.

Ich war von Anfang an der Meinung, dass es einen Hochrheinkreis mit Kreissitz in Waldshut geben sollte. Dazu gehörte auch, dass der gesamte Altkreis Säckingen einschließlich der Raumschaft Rheinfelden zu diesem Hochrheinkreis kommen sollte. Die Grenzlage zur Schweiz, die Probleme der Infrastruktur, der Wirtschaftsentwicklung, der Fremdenverkehrsförderung und der Entwicklung des ländlichen Raumes verlangten eigentlich die Bündelung in einem Landkreis, der ein in sich geschlossenes, homogenes Gebil-

de mit hoher politischer Schlagkraft gewesen wäre. Dabei sollte man auch die Integrationskraft eines Namens nicht unterschätzen. Namen sind in diesem Fall eben nicht nur Schall und Rauch. Für die Säckinger wäre es emotional leichter gewesen, sich in einen Hochrheinkreis hineinzufinden als in einen neuen Kreis Waldshut.

Dieser Webfehler, das Auseinanderreißen von homogenen Räumen, zog sich dann wie ein roter Faden durch die weiteren Kreiszuschnitte der angrenzenden neuen Landkreise. Lörrach erhielt die Raumschaft Rheinfeldern zugeschlagen und nur einen Teil des Markgräfler Landes. Der andere Teil ging an den neuen Kreis Breisgau-Hochschwarzwald. Auch der Kaiserstuhl, eine eigenständige, in sich geschlossene Natur- und Kulturlandschaft, wurde zwischen zwei Landkreisen, Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen, aufgeteilt. Der Riss ging also durch seit vielen Generationen zusammengehörende Landschaftsräume. Besonders deutlich wird dies beim ehemaligen Landkreis Hochschwarzwald, der aus politischen Gründen zerschlagen wurde, obwohl gerade seine naturräumliche Einzigartigkeit seine bisherige Stärke ausgemacht hatte, die durch die Aufsplitterung auf die drei Landkreise, Waldshut, Lörrach und Breisgau-Hochschwarzwald, deutlich gelitten hat.

Auch die Auflösung des Allgäu-Kreises Wangen ist ein solches negatives Beispiel.

Zur nordwestlichen Abrundung des neuen Landkreises Waldshut wäre es strukturell und politisch sinnvoll gewesen, den gesamten Brendener Berg, der zum größten Teil schon lange zum alten Kreis Waldshut gehörte, einschließlich der Gemeinden Schönenbach und die Raumschaft Schluchsee dem neuen Kreis Waldshut zuzuordnen. Dem stand entgegen, dass es den Bürgermeister von Schluchsee vehement zum Kreis Breisgau-Hochschwarzwald zog. Er hatte dabei einen mächtigen Verbündeten, den damaligen Ministerpräsidenten Filbinger, dem daran gelegen war, in seinen Wahlkreis Freiburg-Ost möglichst viele Hochschwarzwald-Gemeinden einzubeziehen. Unser damaliger Landtagsabgeordnete Dr. Rudolf Eberle, der als Wirtschaftsminister Gewicht im Kabinett hatte, versuchte mehrmals, ihn umzustimmen. Vergeblich. Letztlich lief es nach der alten Skatregel: Ober sticht Unter. Der Ministerpräsident entschied, dass der Raum Schluchsee dem Kreis Breisgau-Hochschwarzwald zugeordnet wurde.

Überzeugungsarbeit bei den Bürgern

Für den neuen Kreis Waldshut ging es jetzt vorrangig darum, die neuen Kreisteile möglichst schnell zu integrieren und zu einer neuen Kreisgemeinschaft zusammenwachsen zu lassen. Am 22. Mai 1973 fand die konstituierende Sitzung des neuen Kreistags in konstruktiver Atmosphäre statt. Ich habe den Kreistag darauf eingeschworen, dass es neben den konkreten Sachaufgaben in erster Linie um die Integration der neuen Kreisteile gehen musste. Dieses Stichwort Integration beinhaltete ein vielfältiges Arbeitsprogramm. Es ging dar-

um, in einem organischen Prozess, der wie alle Wachstumsvorgänge eine gewisse Zeit brauchte, das Proporzdenken zu überwinden und ein Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln. Der neue Großkreis Waldshut war zwar formal-juristisch in der berühmten logischen Sekunde zwischen dem 31. 12. 1972 und dem 1. 1. 1973 entstanden, aber das Zusammenwachsen mussten Alle gemeinsam leisten.

Bei diesem Verschmelzungsprozess der bisherigen Kreisteile mit den Neu-Dazugekommenen zu einem neuen Landkreis fiel dem Kreistag die Rolle eines Katalysators, also eines Beschleunigers, zu. Jede Gemeinde, jede Bürgerin und jeder Bürger musste durch die praktische Arbeit des Kreistags und der Kreisverwaltung wissen und spüren, dass sie im neuen Kreis gut aufgehoben sind. Dabei kam herausragenden kommunalpolitischen Persönlichkeiten wie dem langjährigen stellvertretenden Vorsitzenden des Kreistags, dem hoch angesehenen Rechtsanwalt Joachim Straub, und dem allseits populären und beliebten Vorsitzenden der Bürgermeisterversammlung, dem legendären Bürgermeister Bertold Schmidt von Lauchringen, eine wichtige Schrittmacherrolle zu. Sie setzten sich mit ihrem guten Namen und ihrer in vielen Jahren erworbenen Reputation zusammen mit vielen angesehenen Kommunalpolitikern ein. Die Bürgermeister insgesamt standen von Anfang an loyal zum neuen Kreis.

Vorbehalte gab es verständlicherweise eine gewisse Zeit im ehemaligen Kreis Säckingen. Da ich selbst gebürtiger Säckinger bin und bis zu meinem 12. Lebensjahr in Säckingen aufgewachsen bin, hatte ich dort noch einen großen Bekannten- und Freundeskreis. Etliche meiner ehemaligen Schulkameraden waren in kommunalen und anderen ehrenamtlichen Funktionen tätig. Zu ihnen hatte ich einen freundschaftlichen Zugang und konnte so durch persönliche Gespräche zur Entspannung der Situation beitragen, zumal mit mir ja ein gebürtiger Säckinger in Waldshut Landrat war.

Keine Willkommens-Geschenke

Ein dickes Paket von Investitionsaufgaben lag vor dem Kreistag und der Verwaltung: Ausbau und Modernisierung des beruflichen Schulwesens in Waldshut und Säckingen, ein umfangreiches Strassenbau-Programm, bei dem es neben den Frequenzen vor allem auch auf die Erschließung des ländlichen Raumes ankam. Bei den Gesprächen mit den Raumschaften St. Blasien und Bonndorf stand die Förderung der Wirtschaftskraft und des Fremdenverkehrs im Vordergrund. Bei allem Verständnis für die Belange dieser Gemeinden aus dem ehemaligen Kreis Hochschwarzwald war ich nicht zu irgendwelchen Zugeständnissen in Form von Willkommens-Geschenken bereit, auch nicht in den zähen Gesprächen mit dem politisch äußerst versierten Landtagsabgeordneten und langjährigen Bürgermeister von Ewattingen, Josef Burger, der in den Gesprächen kein Hehl aus seiner Vorliebe für Donaueschingen machte. Obwohl der neue Kreistag mit Mitgliedern aus den verschiedenen alten und neuen Raumschaften sich erst zusammenfinden musste, bewies er schon in den ersten Jahren nach der Kreisreform eine



Die Burgruine Küssaburg ist nicht nur im Besitz, sondern auch das Wahrzeichen des Landkreises Waldshut.

erstaunliche Arbeitsfähigkeit. Er zerfiel nicht in Gruppen mit Partikularinteressen, sondern fand rasch zu einem gemeinsamen, gemeindeübergreifenden Arbeitsstil, der bei allem Einsatz für den eigenen Wahlbezirk das große Ganze des Landkreises im Blick behielt. Es galt der Grundsatz: Nur ein den gemeinsamen Interessen verpflichteter Kreis kann ein starker und verlässlicher Partner für seine Gemeinden sein.

Kreistag und Kreisverwaltung haben schon in den ersten Jahren nach der Kreisreform eine große Agenda abgearbeitet. In Waldshut und in Säckingen wurde mit Sanierungen und Neubauten das gesamte berufliche Schulwesen, das ja in der Trägerschaft des Landkreises war, modernisiert, qualifiziert und damit zukunftsfest gemacht. Es waren und sind die wichtigsten Bildungseinrichtungen, aus denen der qualifizierte Nachwuchs für das Handwerk, den gewerblichen Mittelstand und den Handel hervorging. Die wirtschaftliche Stabilität des Kreises hing davon ab. Die Kreishandwerkerschaft mit dem tatkräftigen Bernhard Ebi an der Spitze unterstützte die Bemühungen der Kreisverwaltung wirkungsvoll. Dasselbe galt für die Industrie- und Handelskammer. Der Ausbau und die Stärkung der kreiseigenen Landwirtschaftsschule und der Hauswirtschaftsschule komplettierten das kreiseigene Bildungsangebot.

Der sozialpolitisch stark engagierte Landrat Wilfried Schäfer hatte die Sozialpolitik schon im alten Kreis Waldshut von Anfang an zu einem Schwerpunkt der Kreisarbeit gemacht. Ich setzte diese Traditionslinie fort. So übernahm der Landkreis die Trägerschaft für die Schulen für bildungsschwache Kinder. Eine Sonderschule B wurde in Tiengen gebaut. Durch die engagierte Persönlichkeit der Schulleiterin Frau Wörner aus Dogern, die hohe fachliche Kompetenz mit ansteckender Begeisterung verbunden hat, wurde die Sonderschule für Bildungsschwache in Tiengen zu einem Vorzeige-Projekt, das Maßstäbe für diese Schulart setzte. Die heutige Inklusion bringt nach meiner festen Überzeugung den Schülern bei weitem nicht den Bildungserfolg, den die hoch spezialisierten Sonderschulen geleistet haben. Da hat Ideologie über Sachverstand und Erfahrung triumphiert.

In zähen Verhandlungen mit dem Sozialministerium gelang es, den Neubau des Kreiskrankenhauses Säckingen durchzusetzen. Dieser Neubau hatte auch für die Befrie-

dung und die Integration von Säckingen in den neuen Landkreis eine große Bedeutung. In Wehr etablierte der Kreis die erste Sozialstation in Baden-Württemberg in der Trägerschaft eines Kreises. Auch diese Maßnahme machte das Engagement des neuen Landkreises im Altkreis Säckingen deutlich.

In Bonndorf wurde das Schloss in die Trägerschaft des Kreises übernommen und zu einem regionalen Kulturzentrum ausgebaut. Durch den relativ nahegelegenen Flughafen Zürich/Kloten war es möglich, immer wieder hochkarätige Kulturschaffende wie Musiker, Maler, Schriftsteller nach Bonndorf zu bringen. Die Kunstausstellungen genossen rasch einen überregionalen Ruf bis nach Baden-Baden, dessen Kunsthallen-Direktor einmal sagte, ein Kulturzentrum dieses Ranges gehöre eigentlich in eine größere Stadt. Aber das Gegenteil erwies sich als richtig. Das Schloss Bonndorf entwickelte sich zu einer kulturellen Perle mit einer großen Ausstrahlung in den ländlichen Raum, die ihresgleichen sucht. Der langjährige Bonndorfer Bürgermeister Peter Folkerts mit seinem unablässigen persönlichen Einsatz hat einen bedeutsamen Anteil an diesem Erfolg.

Japan lernte vom Beispiel des Landkreises

Der neue Kreis entwickelte attraktive Konzepte für den ländlichen Raum. Auf Initiative des Ühlinger Bürgermeisters Karl Sternadl kamen selbst aus Japan Jahr für Jahr Repräsentanten ländlicher Präfekturen, um Anregungen für die Stärkung ihrer eigenen ländlichen Räume mit nach Hause zu nehmen. Ein ambitioniertes Straßenbau-Programm wurde realisiert dank eines kommunalen Förderprogramms, das Landrat Wilfried Schäfer schon im alten Kreis Waldshut erfolgreich eingeführt hatte. Für die Erschließung des ländlichen Raumes, für Wirtschaft und Fremdenverkehr war ein leistungsfähiges Straßennetz von enormer Bedeutung.

Das politische Gewicht des Kreises wurde dadurch gestärkt, dass es gelungen ist, insbesondere dank des persönlichen Einsatzes von Landeswirtschaftsminister Dr. Eberle, des örtlichen Landtagsabgeordneten, Waldshut zur Regionalhauptstadt des neuen Regionalverbandes Hochrhein-Bodensee zu machen.

Standortfragen führten und führen wohl immer zu Frontstellungen. So musste für eine effiziente Verwaltung ein Neubau konzipiert werden. Die Frage des Standortes führte zu einer heftigen Kontroverse zwischen den Kreisräten aus Waldshut und aus Tiengen. Nach wahren Redeschlachten entschied sich der Kreistag mehrheitlich für den jetzigen Standort in Waldshut.

Der Trend in den neuen Kreisen ging unverkennbar dahin, den klassischen Bereich der Daseinsvorsorge zu erweitern. Daseinsvorsorge und Leistungsverwaltung haben das Gesicht der modernen Kreisverwaltung geprägt. Mit seinem entschlossenen Engagement für den Neubau des Kreiskrankenhauses Säckingen hat der neue Kreis ein deutliches Zeichen gesetzt.

Dabei war es mir immer wichtig, darauf zu achten, dass die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt der Bemühungen standen und Bürgerinteresse und Bürgerkontakt mindestens denselben Stellenwert hatten wie die Verwaltungseffizienz. Nur so konnte ein lebendiges Kreisbewusstsein entstehen, das die Bevölkerung auch emotional mit ihrem Landkreis verband. Das große Ziel musste die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land sein.

Der neue Landkreis Waldshut ist vergrößert und gestärkt aus der Kreisreform herausgekommen, aber er war und ist auch herausgefordert durch viele alte Probleme wie die Grenzlage mit den sich daraus ergebenden Folgen, den Chancen und den Risiken.

Mit einem zeitlichen Abstand von 50 Jahren lässt sich mit Fug und Recht sagen, dass sich der neue Landkreis gut entwickelt hat und seinen Bürgerinnen und Bürgern eine Kreisheimat geschaffen hat, die allgemein akzeptiert ist. Die Weichen für eine gute gemeinsame Zukunft sind gestellt.

Wie der Landkreis Schwäbisch Hall zu seinem Namen kam

Der verregnete und bewölkte Dezember 1972 sorgte im beschaulichen Ilshofen für hitzige Debatten über den zukünftigen Namen unseres Landkreises.

Von Matthias Röth · Landkreis Schwäbisch Hall

Am 13. Dezember 1972 gab Amtsverweser Dr. Roland Biser in einer nichtöffentlichen Sitzung des vorläufigen Kreistags die Empfehlung bekannt, dem Landkreis den landschaftsbezogenen Namen „Kocher-Jagst-Kreis“ zu geben.

Biser begründete die Empfehlung mit der Annahme, dass *der landschaftsbezogene Name Kocher-Jagst-Kreis ein Zusammenwachsen des neuen Kreises erleichtern würde und zu keinen Komplikationen mit den Räumen des Landes führe*¹. Damit folgte er dem Beschluss des vorläufigen Verwaltungsausschusses vom 7. Dezember 1972. Da die Landesregierung grundsätzlich den Namen der Kreisstadt als für den Landkreisnamen maßgeblich definiert hatte, drehte sich die Debatte um die Möglichkeit, den Namen mit Zustimmung der Landesregierung zu ändern. Würde von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht, so bekäme der Landkreis den Namen der Kreisstadt. Die Kreisverordneten hatten also die Wahl zwischen Kocher-Jagst-Kreis und Landkreis Schwäbisch Hall.

Der landschaftsbezogene Name Kocher-Jagst-Kreis fand vor allem bei den aus dem Altlandkreis Crailsheim stammenden Kreisverordneten und, zu allem Erstaunen, bei den Jugendlichen großen Anklang. So hatte sich beispielsweise der Kreisjugendring Schwäbisch Hall in seiner konstituierenden Sitzung mehrheitlich für den landschaftsbezogenen Namen und damit für eine Änderung des Landkreisnamens ausgesprochen. Die Kreisverordneten aus dem Altlandkreis Schwäbisch Hall und dem Limpurger Land waren dem Kocher-Jagst-Vorschlag gegenüber grundsätzlich nicht abgeneigt, sahen aber im Namen Schwäbisch Hall entscheidende Vorteile im Hinblick auf den hohen überregionalen Bekanntheitsgrad, nicht zuletzt durch die gleichnamige BauSparkasse, plädierten also gegen eine Änderung des Landkreisnamens. Einige hielten die Debatte und eine Entscheidung für oder gegen einen der beiden Namen für unausgereift und sprachen sich dafür aus, *die Bevölkerung mit der Angelegenheit nicht zu überrumpeln, die Frage des Namens ausdiskutieren und in der Bevölkerung zur Reife kommen zu lassen*.² Ein kleiner Teil der Kreisverordneten wollte, da der 1. Januar 1973 unmittelbar bevor stand, zu einer schnellen Entscheidung kommen. Auf eine schnelle Entscheidung drängten sie auch wegen der Beschriftung der



Links: Der neue Landkreis baut: Rohbau des neuen Landratsamts in Schwäbisch Hall, 1979

Unten: Prämiert und ins historische Stadtbild integriert – Das neue Landratsamt im Jahr 1980

Portrait: Dr. Roland Biser – Landrat des Altlandkreises Schwäbisch Hall von 1961-1972. Ab 1973 Amtsverweser, dann bis 1987 Landrat des Landkreises Schwäbisch Hall.



Kennzeichen, obwohl der Beschluss darüber nicht vom Kreistag, sondern vom Bonner Verkehrsministerium getroffen wurde. Und am Rhein wollte man, unabhängig von einer möglichen Namensänderung, beim „SHA“ bleiben. Zunächst setzten sich jene durch, die nicht auf eine schnelle Entscheidung pochten. Mit 30 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und einer Enthaltung vertagte man die Entscheidung und wies sie damit dem neuen Verwaltungsausschuss, dem Schul- und Sozialausschuss und dem neuen Kreistag zu.

Der 1.1.1973 kam und eine Entscheidung über den Landkreisnamen ließ auf sich warten. Erst im Herbst 1973 kam das Thema wieder bei einer öffentlichen Sitzung des Kreistages in Crailsheim auf die Tagesordnung. Inzwischen hatte man auch Stellungnahmen der Baden-Württembergischen Archivdirektion und der Stadtarchivare von Crailsheim und Schwäbisch Hall eingeholt. Die Archivdirektion konstatierte im Januar 1973, dass *aus historischer Sicht eine gleichwertige Alternative zum Namen Schwäbisch Hall nicht vorhanden sei*. Kreativere Namensvorschläge kamen nur vom Crailsheimer Stadtarchivar. Die Bandbreite seiner Vorschläge reichte vom Ost-Franken-Kreis bis zum Doppelnamen. Der Haller Stadtarchivar hingegen lehnte in seiner Stellungnahme die

Kocher-Jagst-Version ab und plädierte für den Namen Schwäbisch Hall, der seiner Ansicht nach „gut“ sei und für Qualität bürgte. Auf Antrag des Vorsitzenden kam es nun zur endgültigen Entscheidung. Mit fünf Gegenstimmen und einer Enthaltung sprach sich der Kreistag gegen eine Änderung des Kreisnamens aus. Damit wurde der Name Schwäbisch Hall für unseren Landkreis zementiert.

Matthias Röth ist Kreisarchivar im Landratsamt Schwäbisch Hall

KrA Schwäbisch Hall, Kreistagsprotokolle, 21.9.1972 – 16.1.1973 und Band I, 22.5.1973 – 16.12.1975.

¹ Amtsverweser Dr. Biser in einer Kreistagssitzung am 13.12.1972 in Ilshofen; KrA Schwäbisch Hall, Kreistagsprotokoll vom 13.12.1972, S. 101.

² Kreisverordneter Dr. Spöhr in einer Kreistagssitzung am 13.12.1972 in Ilshofen; KrA Schwäbisch Hall, Kreistagsprotokoll vom 13.12.1972, S. 102.

Der „Hohenstaufenkreis“

Am Ende der Kreisreform blieb der Landkreis Göppingen nahezu unverändert erhalten, doch 1970 sorgte die Idee eines „Hohenstaufenkreises“ über Monate für erregte Diskussionen und ambitionierte Planspiele zwischen Fils- und Remstal.

Von Dr. Stefan Lang · Landkreis Göppingen

Abwarten und beobachten – das war zunächst die Richtlinie der Göppinger Kreispolitik, als Ende 1969 das „Denkmodell“ der Landesregierung auf den Tisch kam. Erleichtert hatte man zur Kenntnis genommen, dass der 1938 gebildete Landkreis Göppingen in seiner bisherigen Form weitgehend erhalten bleiben sollte. Nur einige wenige Gemeinden standen zur Disposition, Zuwachs und Verlust würden sich in etwa die Waage halten. Darüber hinaus war der seit 1966 amtierende Göppinger Landrat Dr. Paul Goes (1920-2003) in die Reschke-Kommission berufen worden und konnte dort die Reformdiskussionen mitgestalten. Allerdings war der nordöstliche Nachbarlandkreis Schwäbisch Gmünd von Beginn an zur Auflösung vorgesehen und die dort einsetzende Dynamik ließ die Ruhe in Göppingen nur bis zum Frühjahr andauern.

Mitte April war es dann mit dem Frieden im Filstal vollends vorbei: Göppingens OB Dr. Herbert König (1912-1992) trat mit dem Entwurf eines „Hohenstaufenkreises“ in die Öffentlichkeit, der die bisherigen Landkreise Göppingen und Schwäbisch Gmünd sowie optional Teile des Raumes um Kirchheim unter Teck und Weilheim aus dem ebenfalls angezählten Landkreis Nürtingen umfasste. Königs persönliche Zielsetzung war dabei einigermaßen durchschaubar: Nach ambitionierten Bauvorhaben und zahlreiche Eingemeindungen während seinen bislang 16 Amtsjahren versuchte der zuweilen recht impulsive Oberbürgermeister damit insbesondere den Status eines Oberzentrums für „sein“

Göppingen zu erreichen. Der Vorschlag wurde in der regionalen Presse mit Begeisterung aufgenommen und sogleich rege diskutiert. Der nicht abgesprochene und gegen die bisherige Landkreisstrategie verstoßende Entwurf Königs sorgte derweil beim sich düpiert fühlenden Landrat sowie den Mitgliedern des Kreisrats für erhebliche Verstimmung und einen giftigen Briefwechsel zwischen Goes und Göppingens OB. Dieser berief sich auf sein gutes Recht für einen persönlichen Vorschlag, unterstellte dem Landrat im Gegenzug Eifersucht auf seine Idee und ihm darüber hinaus eine viel zu zögerliche Vorgehensweise vor.

Einmal in der Welt und medial ausgiebig befeuert, ließ sich die Vision des „Hohenstaufenkreises“ nicht so schnell wieder einfangen. Während man zwar im Kirchheimer Raum dankend abwinkte und der Nürtinger Landrat im Kreistag sinngemäß äußerte, dass die Zeiten der Staufer-treue inzwischen vorbei seien, sah man im Schwäbisch Gmünd doch eine Alternative oder zumindest einen erweiterten Verhandlungsspielraum gegenüber der ungeliebten Option einer Verbindung mit Aalen. Im Filstal hatten die Gmünder Nachbarn unterdessen schon etwas für Verstimmung gesorgt, weil sie einige Gemeinden des nordöstlichen Göppinger Kreisgebiets in Planspiele für einen „Remskreis“ integrierten – der aber in Stuttgart bereits Anfang Mai 1970 komplett durchfiel. Dagegen hatte OB König vom Innenminister Walter Krause ein wohlmeinendes Lob für seinen „bemerkenswerten Vorschlag“ erhalten und berief sich fortan konsequent auf dieses. Auf verschiedenen Ebenen, über Partei-känäle und Wirtschaftsverbände wurden nun die Spielräume ausgelotet. Göppinger Wirtschaftskraft und Gmünder Kulturreichtum – diese Kombination erschien manchem Regionalpolitiker attraktiv, der einflussreiche Göppinger SPD-Politiker Karl Riegel sprach beispielsweise vom „gegenseitigen“ Schenken. Derweil versuchte Landrat Goes während der Sitzungen des „Gemeinsamen Ausschusses“ der Reformkommissionen für einen Zusammenschluss von Göppingen und Gmünd oder zumindest für eine Abgabe eines Teils des Gmünder Kreisgebiets zu werben – sein konkret am 6. Mai 1970 strategisch durchaus klug platzierter diesbezüglicher Vorschlag erhielt jedoch nur wenig Resonanz und wurde abgelehnt.

Die auf für Juli 1970 terminierten Gutachten der Kommissionen und die daraus zu erwartende vorläufige Entscheidung der Landesregierung für ein bestimmtes Reformmodell erhöhte den Druck besonders auf die Schwäbisch Gmünder Seite, so dass diese nach Einladung aus dem Fil-



Göppingen aus Richtung Süden mit Blick auf den Hohenstaufen, um 1970



Göppingens Landrat Dr. Paul Goes und Innenminister Walter Krause, 1971



Göppingens Oberbürgermeister Dr. Herbert König (rechts) bei einem Besuch Ludwig Erhards (links).

stäl eine Kreistagsfraktion zu Verhandlungen nach Göppingen schickte. Doch die vor allem auf Göppinger Seite hohen Erwartungen an die gemeinsame Sitzung am 7. Juli 1970 erfüllten sich nicht: Die offenkundig auf weiteres Taktieren setzenden Gmünder konnten sich trotz Göppinger Verweisen auf das sich bald schließende Zeitfenster nicht zu einem Votum für eine Option entschließen und man ging ergebnislos auseinander. Die Fortsetzung der Gespräche am 23. Juli 1970 in Schwäbisch Gmünd, quasi parallel zur Entscheidungsfindung der Landesregierung, fanden nach den Gutachten der Kommissionen, die weiterhin für der Erhalt Göppingens und die Auflösung Gmünds plädierten, unter hohem Entscheidungsdruck statt. Denn den „Hohenstaufenkreis“ sahen die Kommissionen als nicht erstrebenswert an: „Eine Zuordnung des Mittelbereichs Schwäbisch Gmünd nach Göppingen ist ebenfalls nicht möglich. Zwischen Schwäbisch Gmünd und Göppingen bestehen allenfalls geringe sozio-ökonomische Verflechtungen.“ Mit Telegrammen und Telefonverbindungen hielt man nun am 23. Juli den Kontakt zu Stuttgart, während die Göppinger ihre nördlichen Nachbarn von einer Kooperation und der großen Dringlichkeit einer Entscheidungsfindung überzeugen wollten. Gmünds OB Norbert Schoch zeigte sich allerdings dabei laut Protokoll relativ uncharmant: „Die Fragen Göppingen und Aalen sind eine ganz schwere Entscheidung und eigentlich nur eine Wahl zwischen zwei Übeln. Die Frage ist nun, welches wäre das geringere Übel von den beiden.“ Zuletzt versuchten die Gmünder vor einer Festlegung zu erfahren, ob eine klare Stellungnahme pro „Hohenstaufenkreis“ überhaupt die Chance für ein nochmaliges Umdenken der Landesregierung eröffnen würde. Die knappen Antworten aus Stuttgart fielen letztlich eher negativ, wenn auch nicht definitiv aus: Göppingen bliebe erhalten, Gmünd käme zu Aalen – das war der Stand von Ende Juli/Anfang August 1970, selbst wenn OB König nach dem somit weiter ausbleibenden Votum der Gmünder erneut beim Innenminister nachzuhaken versuchte.

Nachdem man in diesen Tagen in der Presse zunächst nach den tatsächlichen oder vermeintlich Schuldigen für

das Scheitern des „Hohenstaufenkreises“ suchte, traten die CDU-Vertreter des Göppinger Kreisverbands mit einer Denkschrift zugunsten desselben auf den Plan und der Göppinger Bundestagsabgeordnete Dr. Manfred Wörner verkündete vollmundig, dass nunmehr die „Stunde der Abgeordneten“ gekommen sei. Von der Presse im Remstal als neues Göppinger „Angebot“, obwohl freilich ohne jede politische Legitimation, interpretiert und von Gmünder Seite gern als Stärkung der Verhandlungsbasis gegenüber Aalen angenommen, führte dieser neue Impuls schließlich zum finalen Zerwürfnis. Ausgehend von der Gmünder CDU-Größe Prof. Erich Ganzenmüller formulierten die Gmünder die Bedingung an den Landkreis Göppingen, für einen Zusammenschluss die Region des „Mittleren Neckarraums“ zu verlassen. Dieses von Heidenheim unterstützte Ansinnen an die Göppinger, nach einem Regionswechsel in Ostwürttemberg „die erste Geige“ zu spielen, wurde im Göppinger Kreistag jedoch klar abgelehnt. Die mittlerweile doch schon angespannten Verhältnisse zwischen den benachbarten Amtskörperschaften sowie ihren politischen Protagonisten wurden zudem durch mehrere hart umkämpfte Grenzgemeinden, speziell Degenfeld, Wißgoldingen und Maitis, verschärft und gipfelten in gegenseitigen Anschuldigungen meist über die Presse.

Dr. Stefan Lang ist Kreisarchivar des Landkreises Göppingen

50 Jahre Ostalbkreis

50 Jahre Ostalbkreis – ein Grund zum Feiern, aber auch ein Grund, zurückzublicken: Was geschah vor 50 Jahren und was hatte es mit der Kreisreform auf sich?

Von Uwe Grupp · Ostalbkreis



Wer damals nicht „mit dabei“ war, weiß vielleicht gar nicht, wie und warum es zur Gründung des Ostalbkreises kam und warum zum Beispiel Untergröningen 1971 vom Kreis Schwäbisch Gmünd zum Kreis Aalen kam, oder warum die Gemeinde Stimpfach nach einem kurzen Ostalb-Intermezzo seit 1975 Teil des Landkreises Schwäbisch Hall ist.

Überfällige Reformen ...

Die Kreisreform von 1973 war ein wichtiger Meilenstein einer ganzen Reihe von Reformvorhaben in Baden-Württemberg, die schon in den 1950er Jahren erste Vorläufer hatten und seit Ende der 1960er Fahrt aufnahmen. In dieser Zeit wurde die Notwendigkeit unübersehbar, die öffentliche Verwaltung effizienter zu gestalten und die Kommunen zukunftsfähig aufzustellen. Ganz konkret war vorgesehen, die damals 63 Landkreise und 9 Stadtkreise neu und gleichmäßiger zu gliedern. Man muss sich vor Augen führen, dass die Kreise und Gemeinden noch immer in den Verwaltungsstrukturen der Vorkriegszeit agierten.

Bis zu einer Einigung waren mühsame Diskussionen zu überstehen, Denkmodelle, Gesetze und Gesetzesänderungen zu erarbeiten. Kaum ein Landkreis und kaum eine Ge-

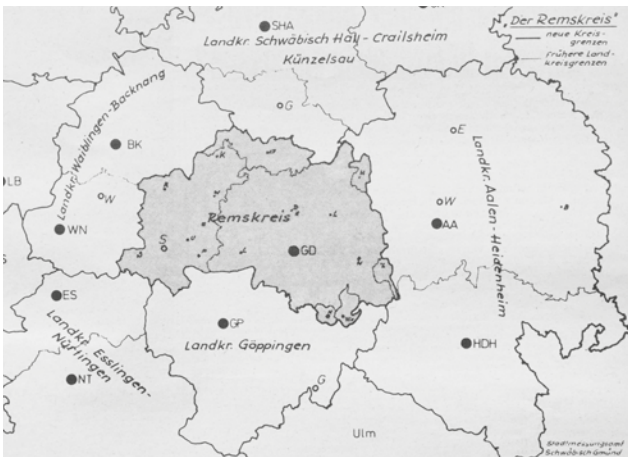
meinde blieb davon unberührt. Das Ergebnis dieses Vorhabens sind 35 Land- und 9 Stadtkreise in Baden-Württemberg.

... der Weg zum Ostalbkreis ...

Die eigentliche „Geburt“ des Ostalbkreises verlief recht lautlos. Am 1. Januar 1973 trat das „Erste Gesetz zur Verwaltungsreform (Kreisreformgesetz)“ in Kraft.

Die Kreise Aalen und Schwäbisch Gmünd hörten damit auf zu bestehen und buchstäblich über Nacht wurde der Ostalbkreis zum drittgrößten Landkreis in Baden-Württemberg mit damals rund 275.000 Einwohnern. Parallel dazu gab es noch ein „Zweites Gesetz zur Verwaltungsreform (Regionalverbandsgesetz)“. Dadurch wurde für den Ostalbkreis und den Kreis Heidenheim die Region Ostwürttemberg mit Sitz in Schwäbisch Gmünd, als eine von 12 Raumordnungsregionen in Baden-Württemberg geschaffen.

Der neue Ostalbkreis wurde zum größten Teil aus den Altkreisen Aalen und Schwäbisch Gmünd gebildet, die seit 1934/38 bestanden. Einige wenige Gemeinden kamen vom Altkreis Backnang und vom Altkreis Crailsheim hinzu. Seine endgültige und bis heute bestehende Form mit 42 Städten und Gemeinden erhielt der Ostalbkreis dann erst zum 1. Ja-



Vereidigung des Landrats Wabro am 17. Juli 1973

nuar 1975, zum Abschluss der Gebietsreform in Baden-Württemberg. Damit waren die Verwaltungsreformen vorerst beendet.

Freilich gibt es kaum eine Unternehmung in diesem Maßstab, die ohne große und kleine Reibereien abläuft. So war auch in Sachen Kreis- und Gebietsreform nicht alles eitel Sonnenschein, ganz im Gegenteil: Heftige Diskussionen waren vorprogrammiert und wurden auch auf der Ostalb mit Leidenschaft ausgetragen. Die Neubildung eines Landkreises aus Gemeinden und Orten von insgesamt vier Landkreisen geht am Reißbrett schmerzlos von der Hand. In der Praxis hatte das Auswirkungen, die noch Jahrzehnte später zu spüren sind. So manche Kommune sah sich – nicht ohne Grund – in ihrer Selbständigkeit bedroht. Die Frage, wo der neue Kreis seinen Sitz haben soll, war ein Pulverfass – von Rivalitäten und Vorbehalten zwischen einzelnen Städten und Gemeinden ganz zu schweigen. Überhaupt sollte das Thema Eingemeindungen den neu geschaffenen Kreis noch lange über den offiziellen Abschluss der Reformen hinaus in Atem halten.

Und zu allem Überfluss war da noch die Sache mit den Kfz-Kennzeichen! Obwohl die Kreise selbst dafür gar nicht direkt verantwortlich waren, wurde insbesondere die Abschaffung des GD-Kennzeichens zu einem Ärgernis erster Klasse.

... und die Zeit danach

Wie alle neu gebildeten Landkreise musste auch der Ostalbkreis seine eigene Identität erst finden, ein Prozess der auch heute nicht abgeschlossen ist, und der vielmehr eine Daueraufgabe bleibt. Der Ostalbkreis weist viele Besonderheiten auf, die ihn von anderen Landkreisen abheben. So gibt es in der Region Ostwürttemberg nach wie vor kein eigenes Oberzentrum. Vielmehr setzte man bewusst darauf, mit Aalen, Ellwangen, Schwäbisch Gmünd (und Heidenheim an der Brenz) leistungsstarke Mittelzentren zu etablieren. Dadurch

hat sich der Ostalbkreis bis heute eine dezentrale Struktur ohne klaren „Mittelpunkt“ bewahrt.

Die Landkreise sind heute stärker denn je Eckpfeiler der kommunalen Selbstverwaltung. Sie erfüllen zahlreiche übergreifende Aufgaben und unterstützen die Kommunen auf vielfältige Weise. Dass sich dieses Modell bewährt hat, zeigt sich schon daran, dass nach einem halben Jahrhundert die damals gefundenen Strukturen tragfähig und etabliert sind. Die Kreisreform von 1973 ist aus heutiger Sicht ganz klar ein Erfolgsmodell – auch und gerade auf der Ostalb. Der Ostalbkreis ist längst zusammengewachsen und nicht mehr von der Landkarte wegzudenken.

Uwe Grupp ist Leiter des Kreisarchivs im Landratsamt Ostalbkreis



Eine starke Gemeinschaft aus 25 Kommunen

Der Landkreis Calw liegt zentral zwischen den beiden Großstädten Stuttgart und Karlsruhe und bietet dabei mit Schwarzwald und Heckengäu zwei der schönsten Landschaften Baden-Württembergs.

Von Kilian Spiethoff · Landkreis Calw

Der Kreis Calw umfasst die von den waldreichen Tälern der Nagold und der Enz durchzogene Landschaft des Nordschwarzwalds; im Osten erstreckt er sich bis auf das landwirtschaftlich geprägte Hügelland des Heckengäus.

Historisch ging der Kreis aus der schon Ende der 1920er Jahre geplanten, letztlich aber erst 1938 durchgeführten Zusammenlegung der württembergischen Oberämter Calw, Nagold und Neuenbürg hervor. Diese drei Verwaltungseinheiten waren 1807/08 auf altwürttembergischem Territorium gegründet worden. Im Lauf der Zeit hatten sie ein starkes regionales Eigenbewusstsein entwickelt. Nach Ende des 2. Weltkriegs musste sich der flächenmäßig weit ausgedehnte, aber strukturschwache Landkreis daher über längere Zeit mit Bestrebungen zur Wiederherstellung der alten Oberämter auseinandersetzen. Bald darauf begann auch die badische „Goldstadt“ Pforzheim Ansprüche auf die Eingliederung von Calwer Kreiskommunen in ihre Einflussphäre anzumelden. Das Landratsamt vermochte all diese Vorstöße unter Verweis auf die einheitliche funktionale Ausrichtung der Region als Fremdenverkehrskreis zunächst abzuwehren. Mitte der 1950er Jahre wurde die Entscheidung über eine Neuordnung des Raums Pforzheim – Calw im Landtag vertagt.

Auflösung des Kreises Calw? Nicht mit Günter Pfeiffer und den Bürgermeistern!

Die folgenden Jahre brachten für den jungen Kreis unter den Landräten Fritz Wanner und Günter Pfeiffer eine beachtliche wirtschaftliche Wachstumsphase und damit verbunden auch eine innere Konsolidierung. Umso härter sahen sich die Verantwortlichen getroffen, als im November 1969 mit einem Mal Gerüchte über Pläne der Landesregierung zur Auflösung des Landkreises Calw im Rahmen der bevorstehenden Gebietsreform zu kursieren begannen. Bald darauf offenbarte das bekannte „Denkmodell“ des Innenministers Walter Krause auch offiziell das Ansinnen, den ländlichen Kreis zur Verfügungsmasse bei der Konstruktion neuer Verwaltungseinheiten zu machen: Der Hauptteil im Norden sollte einem Großkreis Pforzheim zugeschlagen werden, der Süden einem Großkreis Freudenstadt; einige weitere Städte und Gemeinden wären an Böblingen, Karlsruhe und Rastatt gefallen. Ein bald darauf von der CDU vorgeschlagenes Gegenmodell sah für den zur Auflösung vorgesehenen Landkreis keine Verbesserung vor.

Die Calwer Verwaltung unter Landrat Pfeiffer reagierte auf diese Gedankenspiele mit engagierten öffentlichen Stellungnahmen, die gemäß der bereits bewährten Argumentationslinie vor allem die einheitliche Wirtschaftsstruktur des Kreises hervorhoben. Unterstützt von den Bürgermeistern der meisten Städte und Gemeinden im Kreisgebiet hob man die glänzenden touristischen Zukunftsperspektiven der Region hervor, die durch ein Zusammengehen mit der Arbeiter- und Industriestadt Pforzheim unmittelbar gefährdet seien. Auf dem Höhepunkt der Debatte stellten Pfeiffer und der langjährige Bad Herrenalber Bürgermeister und Kreisrat Robert Traub gar die Schaffung eines zusammenhängenden „Bundeserholungsgebiets“ im Nordschwarzwald in den Raum.

Letztendlich gelang es der Kreisverwaltung, mit dieser Argumentation in den Stuttgarter Gremien Gehör zu finden. So tauchte im Mitte 1970 vorgestellten gemeinsamen Gutachten der sog. Reschke-Dichtel-Kommission der Landkreis Calw plötzlich wieder auf – allerdings noch immer unter Verlust von immerhin 24 Kommunen an die Landkreise Pforzheim, Karlsruhe und Rastatt. Im Januar 1971 ging diese Zielvorstellung schließlich auch in den finalen Regierungsentwurf für das Kreisreformgesetz ein. Erbitterte Kämpfe um den Verbleib von Neuenbürg und Bad Herrenalb beim Kreis führten allerdings dazu, dass kurz vor der endgültigen Abstimmung im Landtag der genannte Entwurf noch einmal revidiert und Bad Herrenalb für Calw gerettet werden konnte.

Mit der 1973 in Kraft getretenen Kreisreform verlor der Kreis Calw schließlich 13 Gemeinden sowie die Stadt Neuenbürg an den neu gebildeten Enzkreis, drei Gemeinden fielen an die Kreise Rastatt und Böblingen. Im Gegenzug wechselten von den Kreisen Freudenstadt und Horb bis 1974 sechs Gemeinden nach Calw. Neben diesen Gebietsveränderungen brachte die Kreisreform für Calw zudem auch noch einen Wechsel des Regierungsbezirks von Tübingen nach Karlsruhe mit sich. Am Ende des umfassenden Neustrukturierungsprozesses stand für den Landkreis Calw damit eine gemischte Bilanz: Obgleich er als einziger bestehender Kreis im Rahmen der Gebietsreform territoriale Verluste hinnehmen musste, durfte er dennoch als „Fremdenverkehrskreis“ weiter bestehen – eine Entscheidung, die sich im Verlauf der folgenden 50 Jahre als tragfähig und vorausschauend erweisen sollte.

14. MAI 2023 ERLEBNISTAG LANDRATSAMT CALW



50 JAHRE
LANDKREIS CALW

Wir feiern: 50 Jahre Landkreis Calw!

Über das ganze Jubiläumsjahr 2023 verteilt finden tolle Veranstaltungen und Aktionen im Landkreis statt: **Unter anderem ein Landkreislaf, eine Grenzwanderung** und ein **Erlebnistag am 14. Mai 2023 am Landratsamt in Calw.**

Bleiben Sie auf dem Laufenden:

Die neuesten Informationen über alle Veranstaltungen in 2023 finden Sie auf www.kreis-calw.de/50-jahre



LANDRATSAMT CALW | Vogteistraße 42–46 | 75365 Calw | Telefon 07051 160-0 | www.kreis-calw.de/50-jahre

Der Landkreis Calw als „Bundeserholungsgebiet“

Das entscheidende Argument, mit dem es dem einstigen Calwer Landrat Günter Pfeiffer im Vorfeld der Gebietsreform von 1973 gelang, die Diskussionen über die Auflösung „seines“ Landkreises abzuwenden, war der Verweis auf die wirtschaftliche Homogenität der Verwaltungseinheit im Norden des Schwarzwalds. Berge und Täler bestimmten Verkehr und Wirtschaft im Kreis Calw, so Pfeiffer. Seit vielen Jahren liege der Landkreis Calw in der Anzahl der Übernachtungen an der Spitze aller Land- und Stadtkreise Baden-Württembergs; über 11% aller touristischen Übernachtungen im Land würden im Kreis registriert.

In der Tat vermochte der traditionsreiche „Bäder- und Fremdenverkehrskreis“ Calw nicht nur auf eindrucksvolle Übernachtungszahlen, sondern auch auf eine bemerkenswerte Konzentration touristischer Ziele und Attraktionen im Kreisgebiet hinzuweisen: Die international bekannten Heilbäder Bad Wildbad, Bad Herrenalb, Bad Liebenzell und Bad Teinach-Zavelstein, die Hermann-Hesse-Stadt Calw und das berühmte Kloster Hirsau, aber auch das malerische Hügelland um die Fachwerkstädte Nagold, Altensteig und Berneck – bereits auf den ersten Blick musste diese Vielfalt an Attraktionen Pfeiffers Argumentation unterstützen. Der Reiseführer-Autor Günter Hermes schrieb 1967 gar, der Kreis Calw biete „eine so vielfältige, wunderschöne Landschaft dar, dass man fast ein ganzes Leben seinen Urlaub

hier verbringen könnte ... und möchte, und man hat immer noch nicht alle die schönen Fleckchen gesehen und erlebt“.

Kilian Spiethoff ist Kreisarchivar im Landkreis Calw

ALLE VERANSTALTUNGEN IM
RAHMEN DES JUBILÄUMS

kreis-calw.de/50-jahre



50 JAHRE LANDKREIS BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD

Verwaltung und Kommunalpolitik in einer Zeit des Wandels und Umbruchs

Die Verwaltungsreform von 1973 war die Antwort auf gesellschaftliche und verwaltungsinterne Entwicklungen, mit dem Ziel, Kreise, Städte und Gemeinden für die neuen Herausforderungen fit zu machen.

Von Dorothea Störr-Ritter · Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Größere Einheiten sollten die Aufgaben, die sich in der Nachkriegszeit immer umfassender und spezialisierter entwickelt hatten, besser bewältigen können. Gegensätzliche Entwicklungen zwischen wirtschaftlich florierenden Zentren und dünner besiedelten Regionen sollten ausgeglichen und eine angemessene Lastenverteilung gewährleistet werden.

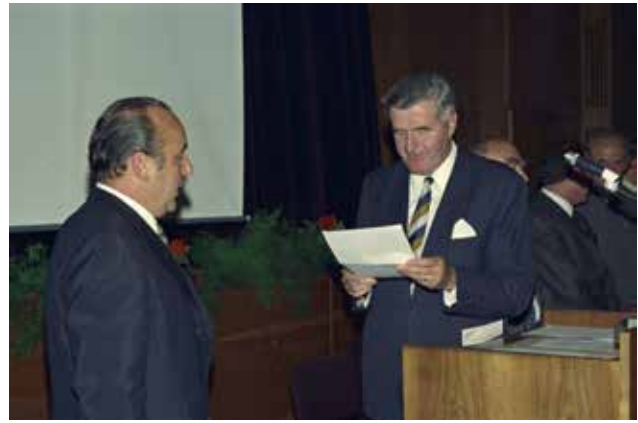
Was uns betrifft, sollten diese Ziele durch die Zusammenlegung der Altlandkreise Freiburg, Hochschwarzwald und Müllheim erreicht werden. Aber auch der „große“ Landkreis sieht sich nach fünfzig Jahren erneut in Zeiten gewaltiger Umbrüche. Die Fülle und Komplexität der Aufgaben der kommunalen Ebene nehmen kontinuierlich und nahezu ungebremst zu. Dazu kommt die Bewältigung von Herausforderungen, wie die Aufnahme von Flüchtlingsströmen aus

der ganzen Welt, der Ukrainekrieg, die Bewältigung der Corona-Pandemie mit all ihren Facetten und der Klimawandel. Dazu kommen immer umfangreichere Gesetze und Vorschriften, die zu einem erheblichen Mehraufwand bei der Umsetzung der staatlichen und kommunalen Aufgaben führen.

2023 gilt erst recht: Deutschland ist, denkt und handelt zu kompliziert. Soll unser Staat zukunftsfest sein, gilt noch mehr als 1973: weniger Bürokratie, praxistaugliche Gesetze und leistungsfähige Verwaltung.

Achtzig Prozent aller Rechtssetzungen auf Bundes- und Landesebene werden auf der kommunalen Ebene umgesetzt. Bei knappen finanziellen Ressourcen und angesichts eines spürbaren Fachkräftemangels eine kaum noch zu lö-

„2023 gilt erst recht: Deutschland ist, denkt und handelt zu kompliziert. Soll unser Staat zukunftsfest sein, gilt noch mehr als 1973: weniger Bürokratie, praxistaugliche Gesetze und leistungsfähige Verwaltung.“



Vereidigung des ersten Landrats des neu gegründeten Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald, Emil Schill, im Jahr 1973

sende Aufgabe. Nicht verwunderlich deshalb eine wachsende Politikverdrossenheit in der Bevölkerung und eine Entfremdung der Menschen von den staatlichen Institutionen. Bürokratie wird zum Schimpfwort. Dass wir sie in vernünftigem Maße aber brauchen, um das Zusammenleben der Menschen nach den Normen unseres Sozial- und Rechtsstaates zu regeln, wird gern vergessen.

Die Vorzüge einer funktionierenden Verwaltung werden zwar grundsätzlich erkannt. Laut repräsentativer Meinungsumfragen schätzt die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ihre Kompetenz, ihre Verlässlichkeit oder auch ihre Unbestechlichkeit. Verwaltungen sind aber noch viel mehr. In der Ausübung demokratisch legitimierter Rechtssetzungen sind sie die Garanten unseres Rechtsstaates und des sozialen Friedens. Sie sind unverzichtbarer Stabilisator unseres staatlichen Systems.

Klar ist aber auch, dass es ein Anliegen sein muss, den Staat schlanker zu machen und den Menschen den Zugang zu Dienstleistungen der Verwaltung zu vereinfachen. Das beginnt beim Formular, das verstanden werden muss und endet bei der komplexen Digitalisierung von entschlackten Verwaltungsabläufen.

Was automatisiert werden kann, muss automatisiert werden. Wo Leistungen, Aufgaben und Zuständigkeiten zusammengefasst, vereinfacht und konsolidiert werden können, muss dies geschehen. Dabei geht es nicht um Politikverzicht oder einen Abbau von staatlichen Leistungen und Fürsorge. Im Gegenteil: Um Handlungsfähigkeit wieder zu erlangen und politisch gestalten zu können, sind vollzugstauglichere Gesetze, übersichtliche Strukturen, weniger Schnittstellen und Entscheidungsschleifen, einfachere Verfahren und klare Zuständigkeiten erforderlich.

Verwaltungen und Landratsämter, als die den Bürgerinnen und Bürgern oft am nächsten stehenden staatlichen In-

stitutionen, müssen künftig noch besser und sensibler mit den komplexen Herausforderungen umgehen können. Dazu braucht es keine erneute Gebietsreform. Für eine moderne Verwaltung braucht es angepasste, ausreichende finanzielle Mittel, vernünftige Rechtssetzungen und Deregulierungen. Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften müssen bereits vor Verabschiedung oder Erlass auf ihre Vollzugs- und Digitalisierungstauglichkeit geprüft werden. Die Wirksamkeit muss evaluiert werden. Dies erfordert, anders als in den letzten fünfzig Jahren, in Zukunft eine frühzeitige und bessere Anhörung und Einbeziehung der kommunalen Ebene mit der ihr eigenen hohen fachlichen Kompetenz.

Die Mitarbeitenden in unseren Landratsämtern sind nach fünfzig Jahren wieder an ihre Belastungsgrenzen gekommen. Sie geben über Generationen hinweg alles dafür, um den Menschen in unseren wunderschönen Landkreisen ein lebenswertes und friedvolles Leben zu ermöglichen. Es wäre ein längst überfälliges Zeichen größter Wertschätzung und des Dankes auch ihnen ihre Arbeit nicht erst nach dem Ablauf weiterer fünfzig Jahre zu erleichtern.

Dorothea Störr-Ritter ist Landrätin des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald

Kriesen kann man essen

Der Landkreis Rottweil hat eine hochinteressante Sprachgeographie, denn das Kreisgebiet liegt in der Übergangszone zwischen alemannischer und schwäbischer Mundart. Die wissenschaftliche Forschung zu diesem Thema war bislang eher spärlich – nun bringt der „Kleine Sprachatlas des Landkreises Rottweil“ Licht ins Dialekt-Dunkel.

Von Andrea Schmider · Landkreis Rottweil



Die Publikation ist im Vorfeld des 50-jährigen Jubiläums der Kreisreform erschienen.

Den Anstoß zur Erforschung und Darstellung der Mundart(en) hat die Kreisverwaltung gegeben: Der Landkreis hatte den Germanisten Dr. Rudolf Bühler vom Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft an der Universität Tübingen beauftragt, Erhebungen zur Mundart im Kreisgebiet durchzuführen. Die Ergebnisse wurden in Zusammenarbeit mit Professor Hubert Klausmann, dem Leiter der Tübinger Arbeitsstelle „Sprache in Südwestdeutschland/Arno-Ruoff-Archiv“, veröffentlicht.

Im Mittelpunkt des Forschungsprojektes standen 250 Männer und Frauen, die sich Dr. Rudolf Bühler für Befragungen in punkto Mundart zur Verfügung gestellt hatten. Zu Schnupfen, Beule, Kartoffel, Schornsteinfeger und vielen weiteren Begriffen sollten diese Interviewpartner*innen das Pendant im jeweiligen Dialekt benennen. Dass es allein beim Schnupfen schon acht verschiedene Wörter sind, die in den Mund genommen werden können, wenn jemandem im Kreis Rottweil die Nase läuft, lässt die mundartliche Vielfalt erahnen.

Wer den „Kleinen Sprachatlas des Landkreises Rottweil“ in die Hand nimmt, wird feststellen, dass es in den Dialekten

des Kreises das eine oder andere Wort gibt, das einem Nicht-Sprachwissenschaftler schlichtweg unbekannt ist. So dürften die wenigsten Menschen wissen, dass man Kriesen tatsächlich essen kann und der Himmel über dem Kreis Rottweil auf fünf verschiedene sprachliche Arten blau ist.

Dabei geht es übrigens nicht nur darum, wie man „früher“ gesprochen hat. Angehörige der jüngeren Generation kamen für den „Kleinen Sprachatlas“ ebenfalls zu Wort; es hat sich gezeigt, dass es auch in deren Alltagssprache noch Dialekt-Elemente finden. Insgesamt ist für viele Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises Rottweil ihre Mundart authentischer Ausdruck ihrer persönlichen Identität und zugleich der sprachliche Inbegriff ihres Heimatgefühls. So gesehen stellt der „Kleine Sprachatlas“ einen konstruktiven Beitrag zur Identitätsbildung auf Kreisebene und damit zur Stärkung des Kreisbewusstseins dar.

Andrea Schmider ist Pressesprecherin im Landratsamt Rottweil



VERANSTALTUNGSPLAN

50 Jahre Landkreis Sigmaringen

Als das Land Baden-Württemberg mit dem Kreisreformgesetz vom 1. Januar 1973 neue Landkreisstrukturen geschaffen hatte, bekam auch der Landkreis Sigmaringen ein neues Gesicht.

Von Caroline Messerschmidt · Landkreis Sigmaringen

Denn mit der Kreisreform fielen an den Landkreis Sigmaringen Gemeinden aus den Alt-Landkreisen Saulgau, Stockach, Überlingen und Reutlingen. Gleichzeitig wurden einige Gemeinden, die weit von der Kreisstadt entfernt lagen, anderen Landkreisen zugeordnet.

Als Besonderheit zeichnet den Landkreis Sigmaringen aus, dass er aus den Teilen ehemals badischer, hohenzollerischer und württembergischer Zugehörigkeit besteht. Aus diesem Grund wird er auch gern als „Dreiländerkreis“ bezeichnet. Doch seit nunmehr 50 Jahren konnten diese Städte und Gemeinden – unabhängig ihrer historischen Zugehörigkeit – zu einem Landkreis Sigmaringen zusammenwachsen.

Daher wird dieses Jubiläum zum Anlass genommen, um das „halbe Jahrhundert“ Landkreis Sigmaringen in seiner heutigen Form, gebührend zu feiern.

Über das ganze Jahr hinweg werden daher Jubiläumsveranstaltungen im gesamten Landkreis stattfinden, die nicht nur von der Landkreisverwaltung organisiert und durchgeführt werden, sondern auch von unseren engagierten Vereinen.

Mit dem Festakt am 31. März 2023 im Schloss Meßkirch wird der Landkreis Sigmaringen das Jubiläumsjahr eröffnen. Dies ist die Gelegenheit auf die Anfänge und Entstehung des heutigen Kreises zurückzublicken, Bilanz zu ziehen und gemeinsam zu diskutieren, wie die Zukunft mit all ihren Herausforderungen gestaltet werden kann.

Alle Gemeinden des Landkreises, Vereine, sowie Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, sich mit Veranstaltungen am Kreisjubiläum zu beteiligen und so den 50. Geburtstag zu einem tollen Erlebnisjahr zu gestalten.

Caroline Messerschmidt leitet die Zentralstelle im Landratsamt Sigmaringen

ALLE VERANSTALTUNGEN IM RAHMEN DES JUBILÄUMS

landkreisnachrichten.de/themen/kreisgeschichten/50-jahre-landkreis-sigmaringen



50 JAHRE ZOLLERNALBKREIS

Dialog, Wimmelbuch, Gartenschau-Auftritt

Eine runde Sache: Vor 50 Jahren – am 1. Januar 1973 –
wurde der Zollernalbkreis gebildet.

Von Steffen Maier · Zollernalbkreis

Der Altkreis Balingen, ein Großteil des früheren hohenzollerischen Kreises Hechingen sowie einzelne Gemeinden der ehemaligen Landkreise Sigmaringen (Benzingen, Harthausen, Straßberg), Rottweil (Schörzingen) und Stockach (Hartheim, Heinstetten) wurden im Rahmen der baden-württembergischen Kreisreform miteinander vereinigt. Heute zeichnen den Landkreis eine hohe Lebensqualität in reizvoller Landschaft und eine überdurchschnittliche Leistungsfähigkeit aus.

Jubiläums-Dialog

Das 50-jährige Bestehen wird mit vielfältigen Veranstaltungen und Aktionen gefeiert. Auftakt war am 9. Januar mit dem Jubiläumsdialog im Rahmen der Neujahrssitzung des Kreistags. Vier Persönlichkeiten, die die Geschicke des Landkreises geprägt haben und immer noch mitgestalten, sprachen über ihre Verbundenheit zum Zollernalbkreis: Zum einen Heinrich Haasis, früherer Landrat und CDU-Landtagsabgeordneter sowie Sparkassen-Präsident a.D.. Dazu Joachim Walter, einstiger Erster Landesbeamter im Zollernalbkreis, seit 2003 Landrat im Nachbarlandkreis Tübingen und seit 2013 baden-württembergischer Landkreistagspräsident. Außerdem Dr. Anja Hoppe, seit 2009 Leiterin des Betriebs der Burg Hohenzollern – Wahrzeichen des Zollernalbkreises und Anziehungspunkt für Menschen aus aller Welt. Und Bonita Grupp, seit 2018 Mitglied der Geschäftsführung des Burladinger Textilunternehmens Trigema. Moderiert wurde der Jubiläums-Dialog von der bekannten und beliebten SWR-Moderatorin Sonja Faber-Schrecklein.

Feiern ist Ährensache

Erstmals verkostet wurde im Rahmen der Neujahrssitzung das „50'zgerle“: ein Dinkel-Bier-Brot, das das Landratsamt zusammen mit der Bäckerinnung Zollernalb unter dem Motto „Feiern ist Ährensache“ kreiert hat. Hergestellt wird es mit Dinkel, der auf heimischen Ackerböden wächst. Seinen malzigen und herzhaften Geschmack erhält das Brot durch einen guten Schluck Lehnerbier. Das ganze Jubiläums-Jahr über ist es in Innungs-Bäckereien im Landkreis erhältlich. Wer es selbst zuhause herstellen will, für den gibt es eine Backmischung.



Die Zollernalb-Bäcker verkosten das Jubiläumsbrot „50'zgerle“.

Links: Landrat Günther-Martin Pauli begrüßt die Gäste zur Neujahrssitzung des Kreistags Zollernalbkreis.

Die Gäste des Jubiläumsdialogs (von links): Joachim Walter, Bonita Grupp, Heinrich Haasis und Dr. Anja Hoppe mit Moderatorin Sonja Faber-Schrecklein.

Rechts: Die Titelseite des Zollernalb-Wimmelbuchs und das Zollernalbkreis-Puzzle.



Wimmelbuch und Puzzle

Ganz im Sinne der Familienfreundlichkeit, die den Zollernalbkreis auszeichnet, stehen das Wimmelbuch sowie ein Puzzle. Das Buch, gestaltet von der für ihre fantasievoll-kreativen Bilder bekannten Illustratorin Tina Krehan, erscheint im Tübinger Silberburg-Verlag. Auf der Titelseite und im Innenteil wird es, wie bei Wimmelbüchern üblich, einiges zu entdecken geben: bekannte Persönlichkeiten sind darunter, ebenso für den Landkreis typische Aktivitäten.

Beim Puzzle wiederum sind Kinder gefordert, den Zollernalbkreis aus 72 Teilen zusammenzusetzen. Stück für Stück wird die enorme Vielfalt des Landkreises deutlich: Sehenswürdigkeiten, Artenreichtum, sportliche Aktivitäten, Traditionen, Unternehmen – alles fügt sich zu einem attraktiven Ganzen. Rückseitig findet man zudem, liebevoll illustriert, Zahlen, Daten und Fakten zum Zollernalbkreis.

Ballinger Gartenschau

Seine vielfältigen und liebenswerten Stärken stellt der Landkreis zudem auf der Gartenschau vor, die 2023 von Mai bis September in Balingen stattfindet. Vertreten ist man dort etwa mit dem Pavillon nahe dem Zollernschloss, Balingens Wahrzeichen. Neben Abteilungen des Landratsamts werden sich darin und drumherum die 25 Städte und Gemeinden im Zollernalbkreis, touristische Leistungsträger, aber auch Unternehmen, Vereine und Künstler aller Altersklassen präsentieren.

Steffen Maier ist Pressesprecher beim Landratsamt Zollernalbkreis



Freuen sich auf die Ballinger Gartenschau und den Landkreis-Pavillon dort: Silke Leibold, Geschäftsführerin der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Zollernalbkreis, und Landrat Günther-Martin Pauli.



50 JAHRE ALB-DONAU-KREIS

Aus vier mach eins: Der Alb-Donau-Kreis – eine „filmreife“ Erfolgsgeschichte

Die Kreisreform 1973 hat gegen viele Widerstände effiziente und schlagkräftige Verwaltungseinheiten geschaffen, die heute große Aufgaben bewältigen und maßgeblich zur regionalen Lebensqualität beitragen. Dies darzustellen, ist das zentrale Ziel aller Aktivitäten rund um das große Jubiläum „50 Jahre Alb-Donau-Kreis.“

Von Daniela Baumann · Alb-Donau-Kreis

6.000 Einwohnerinnen und Einwohner für ein Freibad oder einen Polizei-Posten, 7.000 für ein Kopiergerät – was heute einfach kurios klingt, hatte vor etwas mehr als 50 Jahren durchaus Gewicht, galten diese Gegenüberstellungen doch als wichtige Parameter für die Errechnung der idealen Gemeindegröße. Die Frage, wie groß eine Gemeinde oder auch ein Landkreis sein muss, um eigene Verwaltungsstrukturen finanziell tragen zu können, diskutierten in den späten 1960er Jahren alle westdeutschen Bundesländer und diese Diskussion versetzte auch das gesamte Ländle – oder auch „THE LÄND“ – in Aufruhr.

3379 selbständige Gemeinden und 63 Landkreise zählte das Land Baden-Württemberg noch im Jahr 1969 – viele Gemeinden davon mit nur wenigen hundert Einwohnerinnen und Einwohnern und extrem begrenztem finanziellen Spielraum. Mit der Absicht, überall im Land möglichst gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, plante die Große Koalition unter Hans Filbinger (CDU) und Walter Krause (SPD)

deshalb eine Gebiets- und Kreisreform, die tausende Zwerggemeinden zu kostengünstig arbeitenden größeren Kommunen und die Vielzahl an kleineren Landkreisen zu wenigen, effizienten Verwaltungseinheiten zusammenfassen sollte.

Begründet wurde der Kampf gegen die kommunale Kleinteiligkeit unter anderem mit den folgenden Argumenten: Gemeinschaftseinrichtungen vom Kindergarten bis zum Krankenhaus, vom Schwimmbad bis zur Sparkassen-zweigstelle sollten – der Chancengleichheit wegen – nicht allein Stadtbewohnerinnen und -bewohnern vorbehalten bleiben, sondern überall zum Standard werden. Für die Erledigung von überörtlichen Aufgaben etwa in den Bereichen Abfall, Verkehr, Schulen oder Gesundheitswesen bedurfte es schlagkräftiger Kreisverwaltungen mit Fachpersonal und modernen Bürogeräten – da waren sich die Verantwortlichen der Gebietsreform einig.

Weniger, dafür größere, finanziell und administrativ potentere Einheiten sollten dazu beitragen, die Lebensverhält-

Links: Die „Cybercity Rechtenstein“ mit dem Wasserwerk und der Burgruine

Rechts: Filmdreh in Rechtenstein



nisse vor allem im ländlichen Raum zu verbessern. Bei den Kleinkreisen und Kleinstgemeinden stießen diese Pläne nicht gerade auf Begeisterung. „Wir lassen uns nicht vernaschen wie ein Keks“ und „Nieder mit der Kreisreform“ war auf Plakaten dieser Zeit zu lesen. Die Proteste waren vergeblich, ab 1973 wurde die Kreisreform umgesetzt.

Der Alb-Donau-Kreis als Kind der Kreisreform

Im Jahr 2023 ist vom damaligen Unmut im Alb-Donau-Kreis nichts mehr zu spüren. Als 1972 durch die sogenannte Zielplanung der Kreisreform hier in der Region bekannt wurde, dass die Landesregierung plante, die Altkreise Ulm und Ehingen mit Teilen der Kreise Münsingen und Biberach zu einem neuen Landkreis zusammenzulegen, war die Empörung anfänglich groß. Die Wogen glätteten sich schließlich langsam. Ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg war die Namensfindung. Um keinem Teil des neuen Gebildes das Gefühl zu geben, von einem anderen Teil „geschluckt“ worden zu sein, musste eine neutrale Bezeichnung her. Deshalb orientiert sich der Name des Alb-Donau-Kreises an den wichtigsten geografischen Großlandschaften.

Er ist Ausdruck der regionalen Vielfalt. Kulturgeschichtlich gleicht der Alb-Donau-Kreis dem „Heiligen Römischen Reich in der Nussschale“, schließlich waren hier alle Herrschaftsformen vertreten: Eine freie Reichsstadt mit der Stadt Ulm, vorderösterreichische Territorien, in denen Ehingen eine gewichtige Funktion hatte, württembergische Territorien mit der damals zentralen Stadt, dem Oberamt Blaubereun, Reichsritterschaften und geistliche Territorien. Entsprechend vielgestaltig sind die Traditionen und Mentalitäten, die der Kreis vereint. Ähnlich divers gestaltet sich das Landschaftsbild. Von den dörflich geprägten Hochflächen der Schwäbischen Alb mit ihren charakteristischen Wacholderheiden und Magerwiesen führen die Täler von Blau und Lone, Schmiech und Lauter zu den eindrucksvollen Flusslandschaften von Donau und Iller. Die barocken Kirchen, Klöster und Schlösser im Landkreis beherbergen

Kunst- und Kulturschätze, sind beliebte Ausflugs- und Veranstaltungsorte und stehen in der langen Tradition der Kulturgeschichte der Region. Geschnitzte Elfenbeinfiguren und Flöten, die in den Höhlen des Lone- und des Achtals gefunden wurden, belegen, dass Teile des Kreisgebiets bereits vor 40.000 Jahren besiedelt waren und hier die Geschichte von Kunst und Musik einen ihrer Anfangspunkte hat.

Ebenso divers gestaltet sich das wirtschaftliche Spektrum des Alb-Donau-Kreises, das einerseits von einer starken Landwirtschaft, andererseits einem innovativen Unternehmertum in ganz unterschiedlichen Branchen geprägt ist – viele davon nationale Hidden Champions oder gar Weltmarktführer in ihrem Bereich. Dass der Alb-Donau-Kreis mit seinen 55 Städten und Gemeinden und mehr als 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern heute von einem starken „Wir“-Gefühl getragen wird, zeigt sich an vielen Stellen und ist auch ein Verdienst der integrativen Kreispolitik der vergangenen fünf Jahrzehnte, die stets alle Raumschaften gleichermaßen im Blick hatte.

Kommunales Engagement sichtbar machen

Dieses „Wir“-Gefühl weiter zu stärken sowie die Verdienste und die Arbeit der Kreisverwaltung sichtbar zu machen, sind zentrale Ziele des diesjährigen Jubiläums „50 Jahre Alb-Donau-Kreis“. Ein Festakt am 3. März 2023 bildet den offiziellen Auftakt aller Aktivitäten. Neben den Festreden und einem Auftritt des Kreisverbandsjugendblasorchesters bildet die Vorstellung zweier Image-Filmprojekte einen zentralen Bestandteil des Abends.

Neben einem klassischen Imagefilm, der die vielfältigen Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten sowie die Wirtschaftsstärke des Alb-Donau-Kreises hervorhebt, werden auch die ersten zwei Teile einer Kurzfilmreihe vorgeführt, welche auf subtile, bodenständige und auch humorvolle Weise zeigen, was die Landkreisverwaltung alles leistet. Im Mittelpunkt der einzelnen Videoclips stehen jeweils ganz unterschiedliche Themen sowie die Menschen, die damit zu tun haben.

Dabei handelt es sich vor allem um Bürgerinnen und Bürger, aber auch um kommunale Mandatsträgerinnen und -träger oder um Mitarbeitende des Landratsamtes.

Die Filme zeigen authentisch die hohe Lebensqualität im Kreis sowie die lokalen Mentalitäten und vermitteln ein positives Bild des Landkreises. Während der klassische Film sein Zielpublikum stärker in den Bereichen des Tourismus, der Wirtschaftsförderung und der Fachkräfteakquise sieht, ist die Kurzfilmreihe in besonderer Weise für die Einwohnerinnen und Einwohner des Alb-Donau-Kreises konzipiert.

Die erste, bereits veröffentlichte Episode widmet sich unter dem Titel „Cybercity Rechtenstein“ dem Breitbandausbau und zeigt, wie sich der Landkreis und die Städte und Gemeinden in enger Zusammenarbeit einer Aufgabe annehmen, die eigentlich in der Zuständigkeit des freien Marktes und der kommerziellen Internetanbieter oder aber des Bundes liegt – nämlich die Schaffung einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur. Vielen Bürgerinnen und Bürgern ist nicht bewusst, dass der Bund diese wichtige systemrelevante Aufgabe vor Jahren privatisiert hat und die Kommunen als „Ausfallbürgern“ eine große Freiwilligkeitsleistung zum Wohle der Allgemeinheit erbringen, um das offensichtliche Marktversagen auszugleichen. Wie in vielen ländlich geprägten Regionen führte die Strategie des Bundes zu „weißen Flecken“, weil sich ein flächendeckender Glasfaserausbau für die privaten Unternehmen wirtschaftlich nicht lohnt.

Der Alb-Donau-Kreis ist deshalb früh selbst aktiv geworden und hat über die Städte und Gemeinden große Summen in den Bau eines kreisweiten Backbones und in den Flächenausbau mit FTTB-Glasfaseranschlüssen investiert. Ende 2025 soll der Alb-Donau-Kreis flächendeckend gigabitfähig und damit schnelles Internet schon bald so selbstverständlich wie Strom und fließendes Wasser sein – selbst in Orten wie dem malerischen Rechtenstein. Wunderschön unterhalb einer Burg direkt an der Donau gelegen, gehört Rechtenstein mit knapp 300 Einwohnerinnen und Einwohnern zu den kleinsten Gemeinden im Kreis. Die dörfliche Idylle geht dank des kommunalen Engagements mit einem sehr hohen Digitalisierungsgrad einher. Inzwischen verfügt fast jedes Gebäude über einen direkten Glasfaseranschluss und es haben sich diverse Selbstständige und Unternehmen angesiedelt, die von dort aus online arbeiten. Diese Erfolgsgeschichte erzählen diejenigen, die in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Alb-Donau-Kreis daran beteiligt waren oder nun in der „Cybercity Rechtenstein“ davon profitieren – auf sehr unterhaltsame Weise.

Ähnlich ist die zweite Episode konzipiert, die sich mit der Arbeit der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes befasst und während des Festakts zum Kreisjubiläum erstmals öffentlich gezeigt wird. Ziel dieses Filmes ist es, ein neues Bewusstsein für die große Bedeutung des Ehrenamts zu schaffen, das in diesen systemrelevanten Bereichen eine tragende Rolle spielt.

Weitere Teile der Filmreihe sind bereits in Planung. Als Themen sind hier das dezentrale Gesundheitssystem mit drei Klinikstandorten oder auch der massive flächende-

ckende Ausbau der ÖPNV-Angebote angedacht, welche sich der Alb-Donau-Kreis mit großem finanziellen und personellen Aufwand sprichwörtlich „leistet“.

Über die zwei- bis dreiminütigen Videos werden einerseits die engen Verknüpfungen von Zivilgesellschaft und Kreisverwaltung betont, andererseits Themen und Tätigkeiten beleuchtet, die oft innerhalb der Bürgerschaft als Selbstverständlichkeiten wahrgenommen werden, tatsächlich aber große Leistungen der kommunalen Ebene sind.

Vielfältiges Programm geplant

Die Imagefilme sind selbstverständlich nicht das einzige Medium, über welches die vielfältigen Themenbereiche und Tätigkeitsfelder der Landkreisverwaltung sowie die Besonderheiten des Alb-Donau-Kreises im Rahmen des Kreisjubiläums 2023 vermittelt werden.

Ein Fotowettbewerb, der über vier Monate läuft, bietet Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ihre persönlichen Lieblingsorte und -szenen aus dem Landkreis in einer Ausstellung vorzustellen. Diese eröffnet im Juli 2023 im Rahmen eines Tages der offenen Tür. Alle Interessierten können hier die Räume und die Arbeit des Landratsamtes Alb-Donau-Kreis kennenlernen, einen Blick hinter die Kulissen werfen und sich in entspannter Atmosphäre über die aktuellen Projekte der verschiedenen Fachdienste informieren.

Über das Jahr hinweg vertiefen verschiedene Veranstaltungen und Vorträge einzelne Themenstellungen und auch kulturell ist einiges geboten: Bachkonzerte im Kloster Obermarchtal stehen genauso wie das Kreismusikfest ganz im Zeichen des Jubiläums, Buchvorstellungen, Ausstellungen und Kunstprojekte ergänzen das Programm. Den Abschluss der Feierlichkeiten bildet kurz vor Weihnachten die Vorstellung eines hochwertig produzierten Bildbandes, der zeigt, wie der heutige Alb-Donau-Kreis gesellschaftlich, kulturell, ökonomisch und landschaftlich aus der Vergangenheit erwachsen ist und heutzutage in die Zukunft blickt.

Daniela Baumann ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im Landratsamt Alb-Donau-Kreis

Der Enzkreis feiert mit Podcasts, Videos, Texten – und mit einem Actionfilm!

Sehens-, Hörens- und Lesenswertes, das sich teilen und verteilen lässt, das man öfter anschauen kann und das – auf www.enzkreis.de/50 gebündelt – auch noch im nächsten oder übernächsten Jahr vom „Kreis mit schönen Ecken“ erzählt.

Von Jürgen Hörstmann · Enzkreis

Ein rauschendes Fest... war das 40jährige Enzkreis-Jubiläum: In der bis auf den letzten Platz gefüllten Ötisheimer Kelter begrüßte Landrat Karl Röckinger im März 2013 frühere und amtierende Abgeordnete, Bürgermeister, Kreisrätinnen und Kreisräte und viele andere, die sich um den Enzkreis verdient gemacht hatten. Guido Wolf, damals Landtagspräsident, hielt die Festansprache, umrahmt vom weit über die Region hinaus geschätzten Maulbronner Kammerchor und ergänzt durch Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die in mehreren Video-Einspielungen auf die Zeit vor und nach der Kreisgründung zurückblickten.

Ein rauschendes Fest... sollte auch das 50jährige werden. Doch Corona-Pandemie und Ukrainekrieg, Gaskrise und Inflation, gepaart mit Ängsten und Unsicherheiten, machten den Vor-Überlegungen für eine große Saufe mit der Bürgerschaft ein frühes Ende. Ganz ohne die Menschen im Enzkreis den Geburtstag zu begehen – das konnte man sich im Landratsamt allerdings auch nicht vorstellen. So entstand die Idee eines Jubiläumsjahrs und eines vor allem virtuellen Rück- und Ausblicks auf 50 Jahre Enzkreis-Geschichte(n) statt eines nur einmaligen Feier-Tags.

Prominente werben für das Jubiläumsjahr – und den Enzkreis

Mit einer Reihe von Teasern, die über die Social-Media-Kanäle des Kreises liefen, wurde noch im Dezember für das geworben, was im Jubiläumsjahr zu sehen sein würde. Im Stil von „Dingsda“ erklärten Kinder und (regional prominente) Erwachsene die Worte „Geburtstag“ und „Enzkreis“; die mehrteilige Serie endete mit einem Ständchen am 1. Januar.

Bis Dezember kommen nun wöchentlich neue Beiträge über Themen ins Netz, die den Enzkreis zu einem besonderen Fleckchen Erde machen. In Podcasts, Interviews, Texten und kleinen Filmen fangen Dr. Ana Kugli und Sebastian Seibel vom Team ton-bild-schau Stimmen und Bilder ein, die von früher, von heute und von morgen erzählen; von Natur



Mit einem Partyhütchen auf dem Kreis-Logo weist der Enzkreis auf sein Jubiläum hin.

und Kultur, von Nachhaltigkeit und Klimaschutz, von alten Obstsorten und neuen Mitbürgerinnen, vom Leben und Arbeiten und vom Verreisen und Dableiben.

Vergangenheit wird lebendig, Gegenwart verständlich

Gestartet ist das Projekt im Januar mit Beiträgen zu Familien und der Frage, „warum wir (gerne) hier leben“. Im Februar blicken mit Werner Burckhart, Karl Röckinger und Bastian Rosenau drei der bislang vier Landräte des Enzkreises nicht nur auf 50 Jahre zurück, sondern wagen auch einen Ausblick, wohin die Reise gehen könnte (Dr. Heinz Reichert, „Gründungs-Landrat“ und von 1973 bis 1995 im Amt, verstarb vor zwei Jahren).



Landrat Bastian Rosenau (rechts) und seine Vorgänger Karl Röckinger (links) und Werner Burckhart blicken auf 50 Jahre Kreisgeschichte und werfen einen Blick in die Zukunft.



Cornelia Schuler und Bernhard Reich erzählen unter anderem von der „Renette von Serres“, einer Apfelsorte, die es nur auf den Streuobstwiesen rund um das Dorf Serres gibt.

Im März wird es um die Wirtschaft im Kreis gehen. Im Mittelpunkt stehen Firmen im oder nach dem Übergang von der traditionellen Schmuckindustrie zur Präzisionstechnologie – nicht wenige von ihnen „hidden champions“ im (zahn-)medizinischen Sektor. Dass es im Enzkreis ein UNESCO-Weltkulturerbe gibt, die Zisterzienser-Abtei in Maulbronn, die besterhaltene Klosteranlage nördlich der Alpen, dürfte weit über die Kreisgrenzen hinaus bekannt sein. Der April wird zeigen, dass sich damit die Kultur-Landschaft jedoch keineswegs erschöpft, sondern viele weitere Museen, Sehenswürdigkeiten und Veranstaltungen zu bieten hat – nicht zuletzt das Landratsamt selbst, das Interessierte als bedeutende Galerie zeitgenössischer Kunst aus der Region schätzen.

Apfelsorten, die es tatsächlich nur in einem einzigen Dorf gibt (und was man damit backen kann); die Erfolgsgeschichte der S-Bahn von Pforzheim nach Bad Wildbad und neue Planungen für den ÖPNV auf der Schiene; die Partnerschaften, darunter mit Stadt und Region Masasi in Tansania – es gibt vieles zu entdecken im Jubiläumsjahr und manches wird auch für die Einwohnerinnen und Einwohner neu sein.

„Keine Eintagsfliege, sondern Infotainment über das Jubiläumsjahr hinaus“

Damit erfüllt sich das Ziel von Landrat Rosenau, zum Fünfzigjährigen keine Eintagsfliegen zu produzieren, sondern Augen- und Ohrenschmaus mit Infotainment zu verbinden und zielgruppengerecht auf Bildschirme und Smartphones und in die Tageszeitungen und Gemeinde-Nachrichten zu bringen. Sehens-, Hörens- und Lesenswertes, das sich teilen und verteilen lässt, das man (wenn es gefällt) mehrmals lesen oder anschauen kann, das auch noch im nächsten oder übernächsten Jahr vom „Kreis mit schönen Ecken“ erzählt. Nachhaltigkeit im besten Sinn.

Garniert werden die informativen Beiträge durch eine Serie von Action-Clips, die genussvoll mit den Klischees von Badenern und Schwaben spielen. Warum? Während einige

Kreise 1973 weitgehend unverändert blieben und auch ihre Namen behielten, entstand mit dem Enzkreis eine ganz neue Gebietskörperschaft. Sie setzte sich zusammen aus Städten und Dörfern der früheren Kreise Pforzheim, Vaihingen und Leonberg sowie aus dem nördlichen Landkreis Calw. Die neue Verwaltungseinheit bestand sowohl bei der Fläche als auch der Bevölkerung zu etwa gleichen Teilen aus Gemeinden, die früher zu den Ländern Baden und Württemberg: Schwaben und Badener unter einem Kreisdach also.

Wer mit Menschen spricht, die diese Zeit miterlebt haben, erfährt schnell, dass die Fusion alles andere als konfliktfrei verlief; Vorurteile und Animositäten herrschten auf beiden Seiten der früheren Landesgrenze. Heute sei das natürlich ganz anders, meint Regisseur Serdar Dogan von der Agentur Qreate augenzwinkernd. Dass der Werbe- und Spielfilm-Macher („Kopfkino“, „Der achte Kontinent“), der aus Mühlacker stammt und damit ein echtes Kind des Enzkreises ist, bereits einen Clip über seine Heimat produziert hatte („Wir sind der Enzkreis“), öffnete ihm viele Türen auf der Suche nach Darstellern und geeigneten Locations für spektakuläre Bilder eines „ewigen Kampfes“...

Jürgen Hörstmann ist Pressereferent im Landratsamt Enzkreis

ALLE VERANSTALTUNGEN IM RAHMEN DES JUBILÄUMS

landkreisnachrichten.de/themen/kreisgeschichten/der-enzkreis-feiert-mit-podcasts-videos-texten-und-mit-einem-actionfilm

20 Jahre Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft

Ein Gespräch mit Prof. Dr. Sigrid Kallfaß, Dietmar J. Herdes und Johannes Fuchs, die gemeinsam 17 Veranstaltungen konzipiert und organisiert haben.

Von Daniel Werthwein · Landkreistag Baden-Württemberg



Die Gründer der Veranstaltung treffen sich am Bodensee.

Zum Jubiläum kommen die Erfinder der Veranstaltungsreihe dorthin, wo alles begann. Mit Blick auf den Bodensee erzählen Dietmar J. Herdes, Sozialdezernent a. D. des Landkreistags Baden-Württemberg, Prof. Dr. Sigrid Kallfaß und Johannes Fuchs, langjährige Fachberater des Landkreisesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, wie es zur Idee der jährlichen Veranstaltung für die Führungs- und Fachkräfte der Landkreise und Vertreter der Zivilgesellschaft kam und was über die Jahre das Erfolgsgeheimnis war.

Wie sind die Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft entstanden, wer hatte die Idee?

Dietmar J. Herdes: Die Idee zur Veranstaltung war im besten Sinne eine Gemeinschaftsarbeit und das Ergebnis einer vorausgegangenen Bestandsanalyse bei den Landkreisen. Das noch junge Landkreisesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Gründung 1997) sollte als einen Konzeptbaustein eine landesweite Plattform erhalten. Es galt, die Rolle der Landkreise im Handlungsfeld Bürgerschaftliches Engagement zu definieren.

Prof. Dr. Sigrid Kallfaß: Es ging uns vor allem darum, mit

den Führungs- und Fachkräften der Landkreise und weiteren Akteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, die Gesellschafts- und Zukunftsfragen zu diskutieren. Gerade die zweitägigen Veranstaltungen waren richtungweisend. An Tag 1 gab es Impulse und die wissenschaftliche Expertise, Tag 2 gehörte den Fachkräften und diente der Ideenfindung und kollegialen Beratung. Die Praktiker wollen Antworten auf die eigenen Fragestellungen und neue Projekte kennenlernen.

Wie lief die erste Veranstaltung am 7. und 8. April 2003?

Johannes Fuchs: Die Resonanz war durchweg positiv und bestärkte uns darin, die folgenden Veranstaltungen zu planen und eben nicht möglichst zentral in oder um Stuttgart einzuladen, sondern ganz in den Süden des Landes zu gehen. Nach vier Jahren war uns dann klar, dass daraus eine jährliche Veranstaltungsreihe wird. Die ersten Jahre fand die Tagung noch auf der Klosterinsel Reichenau statt, seit 2007 dient das damals neu eröffnete Tagungshotel St. Elisabeth des Klosters Hegne, mit Blick auf die Reichenau, als Kulisse.

„Die Reichenauer Tage bedeuten für mich super organisierte, hochinformativ. Eine Austauschplattform für den Sozialbereich in Baden-Württemberg, der mit nichts zu vergleichen ist. Hier trifft sich die Szene zum kreativen Austausch, um das Netzwerk stabil zu halten, ganz besonders in Zeiten in denen unser Fachbereich mehr denn je gefordert ist. Die Reichenauer Tage geben mir persönlich eine große Portion Motivation und Hoffnung für den beruflichen Alltag mit.“

Marianne Thoma, Altenfachberaterin im Landratsamt Tuttlingen

Gab es persönliche Sternstunden – bleibende Erinnerungen im Zusammenhang mit den Reichenauer Tagen zur Bürgergesellschaft?

Prof. Dr. Sigrid Kallfaß: Die Sternstunden entstanden ganz natürlich durch interessante Referentinnen und Referenten aus Politik und Wissenschaft.

Johannes Fuchs: Spontan fällt mir hierzu die Veranstaltung 2007 ein. Klaus Töpfer, Bundesumweltminister a. D., war als erster Redner eingeplant. Als er kurz vor Beginn noch nicht am Tagungsort war, erreichte uns der Anruf, dass er nun in Friedrichshafen – also auf der gegenüberliegenden Seeseite sei. Offensichtlich hatte er nach einem Termin am Vortag in München die Anreise von dort unterschätzt. Wir mussten kurzerhand die Tagesordnung anpassen und die Abholung organisieren. Ende gut, alles gut!

Wie gelang die Themenfindung und woher kamen die jeweils passenden Referentinnen und Referenten?

Dietmar J. Herdes: Im eigentlichen Sinne lief die Themensuche das ganze Jahr über und ergab sich aus Zusammenkünften mit den Führungs- und Fachkräften der Landkreise selbst. In Teilen auch von (bundes-)politischen Reformen wie den Gesetzesreformen Hartz III und IV geprägt oder der Flüchtlingskrise 2015/2016 beeinflusst. Die Aktualität war das oberste Gebot.

Prof. Dr. Sigrid Kallfaß: In der Regel wurden aktuelle Themen, die noch nicht „abgelutscht“ waren und die für Baden-Württemberg und das Thema interessant schienen, ausgewählt. Im Vordergrund stand immer die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und im Besonderen seine Förderung in den Landkreisen. Zuerst kam das Thema/ die Frage, was die Sozialdezernate vor Ort umtreibt und die dortige Netzwerk- und Projektarbeit ausmacht. Dann kam die Suche nach passenden Referentinnen und Referenten.

Haben Sie Wünsche für die Zukunft der Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft?

Prof. Dr. Sigrid Kallfaß: Für mich war die Veranstaltung immer ein Baustein neben der Netzwerkarbeit und Qualifizierung der Fachkräfte sowie der Kooperation mit weiteren Akteuren z. B. im Rahmen der Förderprogramme und der Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium und den Schwesterverbänden Gemeindetag und Städtetag. Diese gesamte Vielfalt gilt es zu erhalten und stetig fortzuentwickeln. **Johannes Fuchs:** Die Veranstaltung ist ein wichtiger Impulsgeber. Man geht mit neuen Perspektiven und Ideen zurück an den Arbeitsplatz. Diese Denkanstöße und den Dialog braucht es. Im besten Fall zeigt die Veranstaltung das ganze Potential der Bürgergesellschaft für und in den Landkreisen.

Dietmar J. Herdes: Das Verwaltungshandeln muss noch mehr vom Bürger aus gedacht werden. Gerade deshalb braucht es Veranstaltungen wie diese als Ausgangspunkt für soziale Innovationen. In diesem Sinne setze ich auch darauf, dass 2033 die 30. Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft stattfinden werden. Ad multos annos!

Daniel Werthwein ist Referent für Pflege, Integration und soziale Sicherung beim Landkreistag Baden-Württemberg

„2006 war ich erstmals Teilnehmer der Reichenauer Tage; damals noch im katholischen Familienheim auf der Insel Reichenau. Die Tagungsstätte platzte aus allen Nähten; dass die Veranstaltung einen Nerv getroffen hat war deutlich. Die Stärke des Landes Baden-Württemberg beruht besonders auf der starken Rolle der Zivilgesellschaft. Die Reichenauer Tage haben sich als zentraler Kongress des Bürgerengagements in Baden-Württemberg etabliert. Sie sind anregend, bereichernd, vernetzend und damit Treibsatz der starken Bürgergesellschaft in unserem Land.“

Ignaz Wetzel, Sozialdezernent im Landratsamt Bodenseekreis

Die Zukunft des Landkreises schon heute gestalten

Weitsicht, Netzwerke und Nachhaltigkeit prägen die energiepolitische Arbeit im Landkreis Schwäbisch Hall. Jüngst wurde der Kreis als Modellkommune für das Projekt „Flux-Licon“ ausgewählt, das Batterien aus Elektrofahrzeugen ein zweites Leben einhaucht.

Von Julia Weise · Landkreis Schwäbisch Hall

Emsig dreht sich ein Windrad am Horizont. Sonnenstrahlen brechen sich in dem gleichmäßigen Flügelschlag, der den Wind als erneuerbare Energiequelle für die Menschen nutzbar macht. „Nachhaltige Energiewirtschaft ist im Landkreis Schwäbisch Hall ein absolut wichtiges Zukunftsthema“, unterstreicht Landrat Gerhard Bauer im Jubiläumsjahr zu 50 Jahren Kreisreform. „Energie ist nicht nur der Motor der Wirtschaft, sondern ein Kernelement unserer heutigen Gesellschaft. Energiegewinnung und -versorgung gehören zu den großen Herausforderungen unserer Zeit. Und das nicht erst seit Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine im Frühjahr 2022.“

Im Landkreis Schwäbisch Hall wurde das bereits seit Langem erkannt. Allein in den vergangenen zehn Jahren wurden zahlreiche Maßnahmen initiiert, um Energieverbräuche abzusenken und den Ausbau im Bereich der Erneuerbaren Energien zugunsten des Klimaschutzes weiter voranzutreiben.

Landkreis Schwäbisch Hall ist beim Strom bilanziell autark

„Rein bilanziell ist der Landkreis Schwäbisch Hall in Sachen Strom bereits autark, es wird also mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt als verbraucht wird“, so Landrat Gerhard Bauer. „Dennoch möchten wir uns auf diesen Erfolgen nicht ausruhen. Es gilt schon heute alles daran zu setzen, die Welt von Morgen für unsere Kinder und Kindeskinde lebenswert und möglichst nachhaltig zu gestalten. Unser Engagement in Sachen Klimaschutz ist hierfür ganz essentiell.“

Eine wichtige Basis, um sich für das „Vorhaben Energiewende“ gut aufzustellen, bildet das integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept, das im Landkreis Schwäbisch Hall im Jahr 2016 verabschiedet wurde.

„Klimaschutz erfordert Teamwork“, verdeutlicht Landrat Gerhard Bauer. „Mit dem integrierten Klimaschutzkonzept haben wir es uns daher zum erklärten Ziel gemacht, mög-

„Rein bilanziell ist der Landkreis Schwäbisch Hall in Sachen Strom bereits autark, es wird also mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt als verbraucht wird.“



Gerhard Bauer, Landrat des Landkreises Schwäbisch Hall

lichst viele Akteure für einen schonenden Umgang mit den Ressourcen unserer Umwelt zu begeistern.“

Dem zugrunde liegt ein umfangreicher Maßnahmenkatalog, der von der Klimaschutzmanagerin Caroline Schöner in Zusammenarbeit mit dem „energieZENTRUM“, der Energieagentur des Landkreises koordiniert und weiter vorangebracht wird.

„In diesem Jahr wird das Energie- und Klimaschutzkonzept dann Stück für Stück durch eine Online-Plattform zum Klimaschutz ersetzt“, berichtet Landrat Gerhard Bauer. Mit der Plattform können künftig CO₂-Bilanzen erstellt, Absenk-Szenarien modelliert und Maßnahmenpläne erarbeitet werden. Anders als bei einem statischen Konzept in Papierform kann so viel schneller auf die sich veränderten klimapolitischen Rahmenbedingungen reagiert werden. „Wir sind einer der ersten Landkreise in Deutschland, die ein solches Tool nutzen werden. Hierauf können wir stolz sein.“

Nochmals neuen Schwung erhielt die Energiewende im Landkreis Schwäbisch Hall mit der Verabschiedung der gemeinsamen Klimastrategie 2022, bestehend aus einer Koordinierungsstelle und einem darauf aufbauenden Energiemanagement für alle interessierten Kommunen. 24 der 30 Kommunen im Kreis werden sich Stand heute bereits beteiligen. „Die Federführung liegt hier bei unserer kreiseigenen Energieagentur, dem energieZENTRUM“, erläutert Landrat Gerhard Bauer. „So können die Städte und Gemeinden vom breitem Know-how und den vielen Kontakten unserer Energieagentur profitieren. Zeitliche und personelle Kapazitäten werden in den Kommunen eingespart.“ Darüber hinaus wird im Landkreis Schwäbisch Hall ein Klimaschutzbeirat gebildet.

Als eine von acht Modellkommunen im Projekt „Flux-Licon“ ausgewählt

Dass der Landkreis in Sachen Klimaschutz eine Vorreiterrolle einnimmt, zeigt auch das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderte Projekt „Flux-Licon“, bei dem der Landkreis jüngst als eine von nur acht Modellkommunen ausgewählt wurde.

Ziel des Vorhabens ist es, ein intelligentes und flexibles System zum Einsatz von sogenannten „Second-Life-



Im Projekt „Kommunale Klimascouts“, das sich aus den Maßnahmen des integrierten Klimaschutzkonzeptes ergibt, werden die Azubis des Landratsamtes dafür sensibilisiert, wie sie Stromfresser identifizieren und den Verwaltungsalltag möglichst energieeffizient gestalten können.

Batterien“ in der kommunalen Ladeinfrastruktur zu entwickeln. „Dafür wird ausrangierten Batterien aus Elektrofahrzeugen ein zweites Leben als lokaler Energiespeicher eingehaucht“, zeigt Landrat Gerhard Bauer auf. „Das Stromnetz wird dadurch künftig deutlich flexibler, denn der produzierte Solar- oder Windstrom könnte für eine spätere Einspeisung gespeichert werden.“

Außerdem können mittels „Peak-Shaving“ die Lastspitzen, auch „Peaks“ genannt, in Zeiten eines besonders hohen Stromverbrauchs über den Speicher ausgeglichen werden.

„Aktuell befindet sich das Forschungsprojekt in der zweiten Phase des Auswahlprozesses“, sagt der Landrat. Im Frühjahr dieses Jahres entscheidet sich dann, ob auch im Landkreis Schwäbisch Hall einer der neuartigen Energiespeicher aufgestellt wird.

Julia Weise arbeitet im Stab Landrat und Kommunalaufsicht des Landratsamtes Schwäbisch Hall

INFO

Das energieZENTRUM mit Sitz in Wolpertshausen ist die regionale Energieagentur des Landkreises Schwäbisch Hall.

energieZENTRUM — Die Energieagentur des Landkreises Schwäbisch Hall
Kuno-Haberkern-Straße 7/1
74549 Wolpertshausen
Telefon: 07904/945 99-10
E-Mail: info@energie-zentrum.com

Der Landkreis Schwäbisch Hall gehört zur Region Heilbronn-Franken im Regierungsbezirk Stuttgart. Der Landkreis umfasst eine Fläche von 1.486 km². Insgesamt leben im Kreisgebiet derzeit rund 200.000 Menschen in den 30 zugehörigen Städten und Gemeinden. Mit einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von 127 Einwohnern pro km² ist der Landkreis Schwäbisch Hall dem ländlichen Raum zuzuordnen.

Weitere Informationen gibt es im Netz unter www.LRASHA.de sowie auf Instagram [@landkreis_sha](https://www.instagram.com/landkreis_sha)



Landkreis Ravensburg

Harald Sievers wurde als Landrat des Landkreises Ravensburg im Amt bestätigt. Der 47-jährige wurde vom Kreistag am 7. März 2023 mit 52 von 70 anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräten im Amt bestätigt. Seine zweite Amtszeit beginnt am 1. Juni 2023.



Bodenseekreis

Luca Wilhelm Prayon wird neuer Landrat im Bodenseekreis. Der 47-jährige wurde vom Kreistag am 14. Februar 2023 in Friedrichshafen mit 50 Stimmen der 52 anwesenden Kreisräte gewählt. Er tritt die Nachfolge von Amtsinhaber Lothar Wölfle an, der nach 16 Jahren und zwei vollen Amtsperioden in den Ruhestand wechselt. Prayon ist aktuell noch Bürgermeister der Gemeinde Remchingen im Enzkreis.



Hohenlohekreis

Dr. Matthias Neth, seit 2013 Landrat des Hohenlohekreises, wird im kommenden Jahr neuer Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg. Die 151 Mitglieder der Versammlung wählten den 43-Jährigen am 3. Februar 2023 mit deutlicher Mehrheit. Neth wird sein neues Amt am 1. Mai 2024 antreten.



Neckar-Odenwald-Kreis

Dr. Achim Brötzel, Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises, der bereits seit 2018 Vizepräsident des Landkreistags Baden-Württemberg ist, rückt jetzt zusätzlich als zweiter baden-württembergischer Vertreter auch in das Präsidium des Deutschen Landkreistags auf. Brötzel war für diese Funktion von seinen Kolleginnen und Kollegen einstimmig nominiert worden.

Herausgeber

Landkreistag Baden-Württemberg
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart
Telefon 07 11 / 224620
Telefax 07 11 / 2 2462-23
www.landkreistag-bw.de
posteingang@landkreistag-bw.de

Redaktion

Michael Schlichenmaier und
Nadine Steck

Ständige Mitarbeit

Pressestellen der Landratsämter
in Baden-Württemberg

Bildnachweis

© bei den jeweiligen Landratsämtern

Layout

zumkuckuck.com

Druck

Offizin Scheufele Druck und Medien
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

Vertretungsberechtigter

Hauptgeschäftsführer
Prof. Dr. Alexis v. Komorowski